

Mittelstands Magazin

www.mit-magazin.de

G 1480

9

2015

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

KREDITINSTITUTE

Rückzug
in Raten

MITTELSTAND

10 Punkte für eine
bessere Politik

LESERREISE

Unser Ziel:
Istanbul



Hütchenspiel – nächster Akt Griechenland-Hilfe und kein Ende

A man with a beard, wearing a grey beanie and a red plaid shirt over a white t-shirt, is smiling while working on a skateboard. He is using a tool to adjust the trucks. The background is a blurred shop filled with various items, including skateboards and bags. In the top left corner, there is a logo for 'GOLDEN SLICE KASSE' with a stylized pink and yellow slice icon.

GOLDEN SLICE
KASSE

www.boardshop.de

Alles Wichtige mach' ich selbst!

LexWARE

Einfach machen

Erst recht, wenn es um meine Finanzen geht.

Buchhaltung, Aufträge, Rechnungen oder Lohn und Gehalt: Mit Lexware haben Sie mit einem Klick alle Geschäftszahlen selbst im Blick – im Büro, zu Hause oder unterwegs. Egal, ob Sie das erste Mal mit Buchhaltung zu tun haben oder Vollprofi sind. **Jetzt 4 Wochen kostenlos testen!** www.lexware.de

Deutschland kann mehr

Kürzlich bin ich mit Freunden die Oder-Neiße-Radtour gefahren. Auf den leichten und geraden Strecken konnten alle gut mithalten. Aber als es hügeliger und die Strecke anspruchsvoller wurde, riss die Gruppe auseinander. Wer

nicht trainiert hatte und nicht fit genug war, fiel zurück.

Genau ein solches Schicksal droht Deutschland, wenn es sich nicht fit für die Zukunft macht.

Noch ist die Strecke dank externer Faktoren, wie z. B. niedrigem Zins,



Foto: Jödis Zähring

Dr. Carsten Linnemann ist Bundestagsabgeordneter und Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

niedrigem Ölpreis und schwachem Euro, glatt und eben. Aber die ersten Hügel zeichnen sich bereits ab: die Griechenland-Krise schwelt weiter, das Flüchtlingsproblem bindet zunehmend finanzielle Ressourcen und die Energiewende birgt Risiken. Deutschland kann und darf sich jetzt nicht locker zurücklehnen, sondern muss sich fit machen.

Zwei Herausforderungen fallen besonders schwer ins Gewicht: Demografie und Digitalisierung. Die Entwicklungen, die von ihnen ausgehen, haben das Potenzial, das bislang gekannte wirtschaftliche und soziale Gefüge völlig auf den Kopf zu stellen. Daher haben wir diese beiden Schwerpunkte in das Zentrum eines 10-Punkte-Papiers (siehe auch ab Seite 10) gestellt, in dem die MIT ihr Trainingsprogramm für Deutsch-

land in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vorstellt. Unter anderem:

- Wir fordern einen Digitalminister, der endlich das unsägliche Kompetenzgerangel zwischen den verschiedenen Ressorts der beteiligten Ministerien beendet.
- Wir fordern eine nutzungsabhängige Maut, die alle zahlen, aber auch allen zugutekommt, indem sie direkt für Straßenbau- und Renovierung ausgegeben wird, bei gleichzeitigem Wegfall der Kfz-Steuer.
- Wir fordern die Beendigung der indirekten Verschuldung durch Pensionslasten für Beamte. Entweder der Staat bildet ehrliche Rückstellungen oder er darf keine Beamten mehr einstellen.
- Wir fordern die Wiedereinführung des Meisterbriefes, um die Ausbildung zu stärken. Denn dort, wo der Meisterbrief abgeschafft wurde, gibt es fast keine Ausbildung mehr. Junge Menschen werden ihrer Zukunftschancen beraubt.
- Wir fordern einen Bürokratiebeauftragten des Parlaments, der völlig unabhängig ist, der Gesetze kritisch prüft und zudem Anlaufstelle für die Beschwerden von Bürgern und Unternehmen sein kann.

Unser Papier trägt den Titel: „Deutschland kann mehr“ – und genau davon ist die MIT fest überzeugt! Deutschland bleibt derzeit noch hinter seinen Möglichkeiten zurück. Das Aufgabenheft ist voll, jetzt muss es abgearbeitet werden. Dafür wird die MIT werben. Was in der Großen Koalition nicht mehr umgesetzt wird, muss ins Wahlprogramm von CDU/CSU.

Herzlichst

Ihr Carsten Linnemann

Nicht jeder „Flüchtling“ ist ein Flüchtling

Von Hugo Müller-Vogg

Alle reden von Flüchtlingen. Aber nicht alle meinen das selbe. Geht es um Asylbewerber im Sinne des Grundgesetzes, Schutzsuchende nach der Genfer Konvention, Kriegsflüchtlinge, Wirtschafts- bzw. Armutsflüchtlinge, legale oder illegale Einwanderer? Das alles wird von Medien wie Politikern munter durcheinander geworfen. Sie sprechen – im Sinne der Gutmenschen – fast nur noch von Flüchtlingen.

Hier wird ganz gezielt mit Worten Politik gemacht. Zum Asyl gehört halt auch der Begriff des Asylmissbrauchs. Flüchtling klingt dagegen sympathisch, ist positiv besetzt: Wer fliehen muss, ist in jedem Fall ein Opfer.

Doch macht es einen gewaltigen Unterschied, ob ein Ankömmling vom Westbalkan Flüchtling oder Migrant genannt wird. Der Flüchtling kommt, weil sein Heimatland ihn nicht schützen kann oder will. Migranten hingegen verlassen ihr Land aus eigenem Antrieb – meistens,

um ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern. Während der Flüchtling unsere Hilfe und unseren Schutz verdient, ist der Arbeitsmigrant aus sicheren Herkunftsländern wie Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina schlichtweg ein illegaler Einwanderer. Aber illegal klingt nicht nett; also wird aus dem Illegalen ein Flüchtling.

Wie wichtig es wäre, zu differenzieren, belegen

die Zahlen. Nur einem bis zwei Prozent wird Asyl gewährt. Nimmt man zu den politisch Verfolgten noch die Menschen hinzu, die „Flüchtlingsschutz“ oder „subsidiären Schutz“ gemäß der Genfer Konvention genießen, dann wurden im ersten Halbjahr 2015 vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 34,7 Prozent aller Schutzsuchenden anerkannt. Im Jahr 2014 lag die „Schutzquote“ etwas über 40 Prozent.

Die Mehrzahl der „Flüchtlinge“ hat also keinen Anspruch darauf, sich hier niederzulassen. Sie sagen Asyl und meinen Arbeitsamt oder Sozialhilfe. Ihr Wunsch nach einem besseren Leben ist verständlich, hat aber keine rechtliche Basis. Wer das nicht mehr ausspricht oder auszusprechen wagt, schadet denen, die unserer Hilfe am meisten bedürfen – den echten Flüchtlingen.



Foto: Chaperon

Dr. Hugo Müller-Vogg, Publizist und Autor zahlreicher Gesprächsbiografien, u. a. mit Angela Merkel und Horst Köhler. Neuestes Buch: „Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient“. Häufiger Gast von Talk-Run- den. Von 1988 bis 2001 Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. www.hugo-mueller-vogg.de. Auf Twitter folgen: @HugoMuellerVogg

INHALT



8



10



16



20



24

POLITIK

- 3 **EDITORIAL**
MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann erläutert die 10 Punkte des Wirtschaftsflügels „Deutschland kann mehr“
- 4 **Unser Kolumnist Hugo Müller-Vogg unterscheidet feinsinnig zwischen Flüchtlingen und Migranten**
- 6 **Griechenlandhilfe und Deutschlands Staatsschulden**
- 7 **Interview mit MdEP Herbert Reul**
Auch er möchte die Kompetenzen der EU-Kommission beschneiden
- 8 **Griechen-Deal: Ihr kriegt Kohle, wir kriegen Korfu**
Ein leicht ironischer Rückblick auf fünf Jahre Griechenland-Hilfe, die restlos verpuffte
- 10 **Deutschland kann mehr**
10 Punkte für eine bessere Politik – der Wirtschaftsflügel der Union begehrt auf
- 14 **Interview mit MdB Elisabeth Winkelmeier-Becker**
zum Insolvenzrecht, Kundendatenschutz und zur Altersversorgung der Syndizi

UNTERNEHMEN

- 16 **Rückzug aus der Fläche**
Banken und Sparkassen ziehen sich immer stärker aus der Fläche zurück. Filialen werden ihnen zu teuer. Schlecht für Handel, Handwerk und Gewerbe

SERVICE

- 18 **Vorsicht bei Bewertungsportalen**
- 19 **Unsere Bücherseite**
Für Sie gelesen
- 20 **Auto-Fahrberichte**
Wir stellen vor: SEAT-Leon und Volvo S 60
- 22 **Steuer-Tipp und aktuelle Urteile**
- 24 **Unsere Leserreise führt nach Istanbul**

MIT-/ MU-INSIDE

- 28 **MIT/ MU-INSIDE**
- 30 **MIT in den Medien**
- 34 **Auf den Punkt gebracht**
Kolumne von Günter F. Kohl

Mein Unternehmen: erfolgreich.

Meine Steuerberaterin: unentbehrlich.

Zukunft gestalten. Gemeinsam.



Bei allen betriebswirtschaftlichen Entscheidungen und in der Personalwirtschaft können Sie auf die Unterstützung Ihres Steuerberaters vertrauen. Gemeinsam mit ihm und Software von DATEV werden alle Unternehmensfragen geklärt.

Sprechen Sie mit Ihrem Steuerberater oder informieren Sie sich auf www.datev.de/vertrauen bzw. unter 0800 1001116.



Zukunft gestalten. Gemeinsam.



GRIECHISCHE IMPRESSIONEN



„Wir benötigen neue Koalitionen für eine wirtschaftsfreundliche Europapolitik“

**Exklusiv-Interview mit Herbert Reul,
Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament**

Die Fragen stellte Günter F. Kohl

In der Flüchtlingspolitik steht Europa nicht gerade als „Einheit“ da...?

Herbert Reul: Die Flüchtlingsströme dieser Tage machen deutlich, dass dieses Problem von einem einzelnen Mitgliedsstaat nicht zu lösen ist. Leider zeigt sich bislang, dass die Verständigung auf eine gemeinsame Lösungsstrategie schwierig ist, da es nicht nur um die Bekämpfung von Schleppern und Fluchtursachen geht, sondern auch darum, solidarisch Lasten zu übernehmen. Das Problem ist vielschichtig: die Aufnahme der Flüchtlinge bei uns, die Lage im Mittelmeer, die Bekämpfung der Schlepperbanden, die Ursachen wie Krieg, Verfolgung, Unterdrückung und Not in den Ursprungsländern. Der aktuelle Druck erfordert eine Erweiterung der bisherigen Asylpolitik auch durch (Aufnahme-) Quoten für die Mitgliedsstaaten, damit wir einzelne Mitgliedsstaaten nicht überfordern.

Sie unterstützen ausdrücklich den Plan Wolfgang Schäubles, die Kompetenzen der Kommission zu beschneiden?

Reul: Europa hat sich verändert, also müssen auch die Zuständigkeiten der europäischen Institutionen überprüft werden. Der Vorschlag, die Wettbewerbsaufsicht einer politisch unabhängigen Stelle wie z.B. dem deutschen Bundeskartellamt anzuvertrauen, ist klug. Auch die Überprüfung der Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts darf

nicht mit der politischen Alltagsarbeit der Kommission vermischt werden. Auch hier finde ich den Hinweis von Wolfgang Schäuble berechtigt. Wenn die Kommission gewollt politischer werden soll, und das ist sie bereits geworden, dann kann sie schwer gleichzeitig eine unabhängige Wächterfunktion wahrnehmen. Darüber nachzudenken und neue Lösungen zu suchen nutzt Europa.

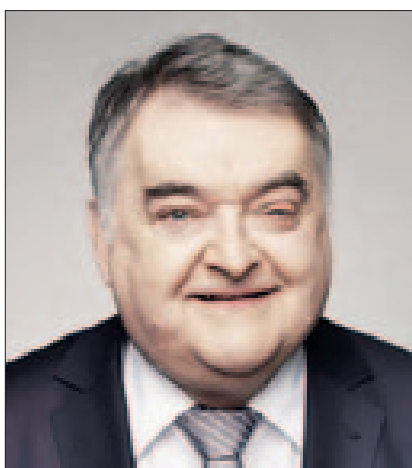
Man hat den Eindruck als seien wir durch die fünfjährige Griechen-Malaise der von uns Deutschen abgelehnten Vergemeinschaftung der Schulden ein Stück nähergekommen?

Reul: Das sehe ich nicht so. Eine Vergemeinschaftung der Schulden haben wir nicht. Das wäre auch nicht zielführend, da dann munter Schulden

auf Kosten anderer gemacht würden. Das kann nicht funktionieren. Deshalb bin ich gegen Eurobonds oder ähnliche Instrumente. Was wir brauchen, sind Reformen, die die Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen. Es gibt in Europa bei den Sozialdemokraten, Linken und Grünen Stimmen, die eine Vergemeinschaftung der Schulden wollen. Wir hingegen müssen für andere Konzepte kämpfen.

Die jungen EU-Staaten im Osten kommen sich wohl manchmal vor wie in einem falschen Film. Ist Europa noch zu retten?

Reul: Natürlich hat Europa Schwierigkeiten, aber oft bieten Probleme auch Chancen für Fortschritt. Es gibt durchaus Fortschritte. Langsam ändert sich unsere Arbeitsweise. Es beginnt ein Prozess, nicht ständig neue Beschlüsse und neue Regulierungen zu erlassen, sondern die bestehenden auf deren Einhaltung zu überprüfen. In der Wirtschaftspolitik, und den Fragen welche Maßnahmen für Wachstum nötig sind, sind gerade die osteuropäischen Staaten sehr hilfreich, weil sie aus den Erfahrungen einer verbohrt Planwirtschaft kommen. Sie sind wichtiger Partner für eine innovative, freiheitliche und soziale Marktwirtschaft. Wir benötigen neue Koalitionen für eine realistische und wirtschaftsfreundliche Europapolitik. Einfach ist das nicht, aber die Krise bietet Chancen für eine Neujustierung.



Herbert Reul wurde 1952 geboren, ist Vater von drei Töchtern und lebt mit seiner Familie in seiner Heimatstadt Leichlingen. Von 1985 bis 2004 war er Mitglied im Landtag NRW und von 1991 bis 2003 Generalsekretär der CDU-NRW. Seit 2004 ist er Mitglied im Europäischen Parlament, seit Anfang 2012 Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im EP

Akropolis adieu, wie weit geht die Privatisierung in Griechenland?

Ohne Insolvenzordnung hat der Euro keine Zukunft

3. Hilfspaket verabschiedet – Nun vorbeugen für zukünftige Fälle

Von Günter F. Kohl

Alles schon mal da gewesen: Vor ziemlich genau fünf Jahren versprachen die Griechen beim ersten Hilfspaket die Privatisierung von Staatseigentum, darunter auch

Infrastruktur, in Höhe von 50 Milliarden Euro. Heraus kamen gerade mal 3,2 Milliarden. Sommer 2015: Drittes Hilfspaket, diesmal über 86 Milliarden Euro, abermaliger

Privatisierungsversuch, abermals 50 Milliarden Euro. Der Deutsche Bundestag stimmte dem am 19. August mit großer Mehrheit zu – bei 63 Unions-Abgeordneten, darunter auch die Spitzen des Wirtschaftsflügels, überwogen allerdings Skepsis und mangelndes Vertrauen in die Zusagen der griechischen Führung.

Kurz vor dem Bundestags-Beschluss erteilte die griechische Regierung der Frankfurter Flughafen AG Fraport den Zuschlag zum Kauf 14 Regionalflughäfen

zum Preis von 1,2 Mrd. Euro. Dieser Verkauf ist eine der größten Privatinvestitionen seit Ausbruch der Finanzkrise, hieß es aus Kreisen des Privatisierungsfonds (Taiped). Bis zum Volumen des 50 Milliarden Euro ist es also noch ein weiter Weg.

Den Blick nach vorne richten

Schon 2010 gab es eine Menge Skeptiker, die den Spar-, Privatisierungs- und Sanierungswillen der Griechen in Zweifel zogen. Einer von ihnen war Josef Schlarmann, bis 2013 Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung. Er hat von Anbeginn an sämtliche Sanierungsbemühungen abgelehnt – mangels Aussicht auf Erfolg. In gerader Linie zu dieser Haltung steht auch sein Nachfolger im Bundesvorsitz, Carsten Linnemann, Volkswirt wie Schlarmann. Auch Linnemann ist gegen weitere Hilfen für Griechenland. Er möchte aber nun den Blick nach vorne richten und ficht seit 2013 ve-



„Die Schaffung einer Europäischen Insolvenzordnung duldet keinen Aufschub. Wir müssen die nächsten zwei Jahre nutzen“, so Carsten Linnemann, Volkswirt, MdB und Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU



hement im Bundestag für eine Insolvenzordnung im Euro-Land, die es ermöglicht, dass klamme Länder ausscheiden. Linnemann: „Ohne Insolvenzordnung hat der Euro keine Zukunft.“ Einhellige Unterstützung findet der MIT-Bundesvorsitzende bei verschiedenen Wirtschaftsprofessoren wie Michael Hüther (IW) oder Clemens Fuest (ZEW) oder dem Sachverständigenrat.

Geregelt in die Insolvenz

Für den MIT-Bundesvorsitzenden Carsten Linnemann ist längst klar: Bislang fehlt ein geordnetes und glaubwürdiges Insolvenzverfahren. Damit die Europäische Währungsunion künftig besser auf Situationen wie in Griechenland vorbereitet ist, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) nun ein Konzept für Staatsinsolvenzen erarbeitet.

Der IW-Plan kombiniert existierende Vorschläge mit neuen Ideen und soll vor allem gewährleisten, dass kein Land für die Schulden eines anderen haften muss. Der Plan sieht vor, dass es mit Beginn des Insolvenzverfahrens ein Moratorium für den Schuldendienst und für Klagen gegen den betroffenen Staat gibt, um für ihn die mit einer Insolvenz einhergehende Krise abzumildern. Damit der zahlungsunfähige Staat seine wesent-

lichen Funktionen aufrechterhalten kann, wären zudem eng befristete und begrenzte Überbrückungshilfen des Rettungsschirms ESM möglich – freilich unter strengen Reformauflagen.

Das IW Köln schlägt darüber hinaus vor, dass das Land mit seinen Gläubigern in einem mehrstufigen Prozess über eine Umschuldung verhandelt: Sollten erste unabhängige Verhandlungen scheitern, kommt ein neues juristisches Gremium beim Gerichtshof der EU ins Spiel, das verlässliche Regeln für die Verhandlungen vorgibt und Kooperationsanreize setzt. Führt auch das zu keiner Lösung, kann das Gremium als Ultima Ratio eine bindende Entscheidung treffen.

Um Verluste aus einem Staatsbankrott zu verkraften, müssten Banken im Euro-Raum stärker als bisher kapitalisiert sein und sollten nicht zu viele Staatsanleihen halten. Daher dürften Staatsanleihen der Euroländer bei der Bankenregulierung nicht länger als risikolos gelten, mahnt das IW Köln.

Linnemann: „Endlich kommt, nicht nur unter Wirtschaftswissenschaftlern, sondern auch in der Politik, eine Diskussion in Gang, die uns weiterbringt, die künftig so etwas wie in und mit Griechenland verhindert. Gerade für Deutschland ist unter anderem wichtig, dass eine solche Europäische Insolvenzordnung garantiert, dass wir nicht für die Schulden anderer Länder haften müssen.“



Die Fraport AG, Betreiberin des Frankfurter Flughafens, erhielt den Zuschlag für den Betrieb von 14 griechischen Flughäfen, darunter auch auf der Insel Santorin (unser Foto)

Mittelstand schaltet auf Konfrontationskurs

Der Wirtschaftsflügel der Union hat es erfolglos auf die sanfte Tour versucht. Nun provoziert er mit einem Punktepapier die Regierung

Thomas Vitzthum

Eigentlich hatte die Mit-
gung von CDU/CSU (schon vor Wochen f
Ende Juni lag das Ze
mit dem Titel „Deuts
– Aufbruch in den

Mit einer Stimme sprechen

CDU-Mittelstand will einen Digitalminister einführen

Berlin – Die Mittelstandsvereinigung
der Union (MIT) will ein neues Ministe-
rium schaffen, das für den digitalen
Wandel zuständig sein soll. „Die Digi-
talisierung ist die Herausforderung des
kommenden 21. Jhdts.“

decken den digitalen Wandel zuseh-
mend als Thema. So konzentriert sich
Sozialministerin Andrea Nahles (SPD)
derzeit intensiv darauf, den „Digital
Pakt“ zu beschleunigen.

senden Regierung. Der Kuschelekurs der
Mittelständler der vergangenen zwei
Jahre ist damit offenkundig beendet. Er
ist in absehbar nicht viel gebracht.

„... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

... in absehbar nicht viel gebracht.“

Merkels Kurs provoziert Wirtschaftsflügel

Mittelstandspolitiker sind unzufrieden mit der programmatischen Unschärfe der Union. Für die
Wahl 2017 brauche die Partei wieder eine eigene Erkennungsmelodie. Demografie,
Digitalisierung und Leistungsanreize müssten in ihren Fokus rücken.

Berlin
nach d
mann
nigun
tigt i
ande

Gefährliche Selbstzufriedenheit

Mittelstandspolitiker der Union fordern mehr Reformen von der Großen Koalition.

Daniel Dellhaes Berlin.

Wenn Angela Merkel und Horst Seeho-
fer auf die aktuellen Umfragen schauen,
können sie zufrieden sein: Die
Sonntagsfrage...

Bürokratie sorgen soll.

„Wir haben noch eine Halbzeit“ ...

Limmann ...

reparaturfähig ...

Der Unions-Mittelstand leidet unter der großen Koalition

Man scheut sich aber davor, Merkel offen zu kritisieren

ami. BERLIN. 6. August. Zur Halbzeit
der Wahlperiode ist der Wirtschaftsflü-
gel der Unionsfraktion unzufrieden mit
der Arbeit der großen Koalition. Sie
werde, was das Gestalten von Politik
angeht, ihrem Anspruch nicht gerecht.

politik für die Union retten.“ Auch in
der Wirtschafts- und Steuerpolitik sehen
sie den gefährdet, solange die Union
sich in Sachfragen nicht stärker von der
SPD abhebe.

Als Kritik an der CDU-Vorsitzenden.

einnahmen wie derzeit werde es nicht
für alle Zeiten geben.

Über den Bürokratieabbau soll ein
Beauftragter aus dem Bundestag
wachen, für den Ausbau der Infrastruk-
tur wünscht sich der Unions-Mittel-

Deutschland kann mehr

Wirtschaftsflügel der Union stellt Zukunftsprogramm vor



MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann (links) und sein Stellvertreter Hans Michelbach stellten ihr neues Zukunftsprogramm vor. Die beiden Unions-Bundestagsabgeordneten lösten damit ein großes Medien-Echo aus

„Deutschland kann mehr“ – unter diesem Motto stellte der MIT-Bundesvorsitzende Carsten Linnemann (CDU) in Berlin gemeinsam mit Stellvertreter Hans Michelbach (CSU) ein 10-Punkte-Programm für umfassende Reformen in Deutschland vor. Die „zwei D’s“ – Demographie und Digitalisierung – sind dabei für die beiden Wirtschaftspolitiker die zentralen Herausforderungen von heute und morgen.

Flexi-Rente: wer weiterarbeiten will, soll das auch dürfen

Im Gespräch mit Journalisten in der Hauptstadt kam gleich zu Beginn das Thema „alternde Gesellschaft“ zur Sprache. MIT-Chef Linnemann warb für einen Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik: „Diejenigen, die länger arbeiten wollen, sollen

das auch dürfen. Deshalb müssen wir die Flexi-Rente stärken.“ Konkret fordert die MIT die Abschaffung des Arbeitslosenbeitrags für die Arbeitgeber von Rentenbeziehern, die weiter arbeiten. „Sie können doch gar nicht mehr arbeitslos werden, warum soll dann für sie ein Beitrag abgeführt werden?“, fragte Linnemann. Ferner soll der Beitrag, den der Arbeitgeber in die Rentenkasse zahlt über einen Flexi-Bonus dem arbeitenden Rentner zugutekommen und nicht in der Rentenkasse versickern. Auch die starre Pensionsgrenze für Beamte müsse aufgehoben werden, wenn Dienstgeber und der einzelne Beamte das wollen.

Mit einer digitalen Agenda in die Zukunft

Um die Herausforderung der zu-

nehmenden Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu meistern, fordert die MIT einen „Digital-Minister“: Die Digitalkompetenz müsse in der Regierung gebündelt und vorangetrieben werden. „Was derzeit auf mehrere Ressorts verteilt ist, muss von der Regierung als strategische Leitfrage behandelt und in einem Ministerium oder im Kanzleramt zusammen gefasst werden“, forderte Linnemann. MIT-Vize Hans Michelbach forderte im Gespräch mit den Pressevertretern endlich die Umsetzung des im Koalitionsvertrag angekündigten Venture-Capital-Gesetzes, das Investitionen in Startups deutlich erleichtern soll. „Wir müssen es schaffen, dass wir unsere Wettbewerbsfähigkeit in diesem Bereich stärken. Es kann nicht sein, dass es in Deutschland nicht genügend Wagniskapital gibt und dadurch aussichtsreiche Startups ins Ausland – beispielsweise in die USA – abwandern“, so Michelbach.

Steuersystem wieder begreifbar machen Soli abschaffen

Auch in der Steuerpolitik fordert die MIT Reformen. So solle künftig jeder Bürger und jedes Unternehmen auf seinem Steuerbescheid erkennen können, welcher Anteil an den Kommunal-, den Landes- und den Bundeshaushalt geht. In einem zweiten Schritt sollen Länder und (Wohnsitz-) Kommunen innerhalb eines begrenzten Korridors ein eigenes Hebesatzrecht auf die Einkommensteuer bekommen. Zudem soll der Gesetzgeber eine Vereinfachungspauschale in Höhe von 2.000 Euro bei nicht-selbständigen Einkünften einführen und damit den Nachweis einzelner Werbungskosten überflüssig ma-

chen. Mit Blick auf den Solidaritätszuschlag kritisierte Linnemann: „Die Bundesregierung ist derzeit noch auf der Suche nach Verwendungsmöglichkeiten für das Einkommen aus dem Soli nach 2019. Wir fordern vielmehr die komplette Abschaffung bis 2019 – so wie es vereinbart war.“

Erfolg in der Zukunft nicht zum Nulltarif zu haben

Linnemann warnte: Die derzeit gute Konjunktur sei trügerisch und „im wesentlichen geliehen“. Verantwortlich für die gute Wirtschaft seien der unterbewertete Euro, der ebenfalls niedrige Ölpreis und die faktische Null-Zins-Politik der EZB. Linnemann: „Das Blatt wird sich irgendwann wenden. Wir müssen heute mit wirklichen Reformen die Grundlage dafür schaffen, dass es uns auch morgen noch gut geht“, begründe-

te der MIT-Chef die Reformvorschläge des 10-Punkte-Programms.

Das komplette Zehn-Punkte-Programm finden Sie unter www.mit-bund.de

Diese zehn Punkte beinhaltet das MIT-Zukunftsprogramm

1. Alter neu denken: Flexi-Rente
2. Gezielte Zuwanderung gegen den Fachkräftemangel
3. Duale Ausbildung aufwerten
4. Betriebliche und private Altersversorgung stärken
5. Steuersystem für Bürger wieder begreifbarer machen
6. Ehrliche Haushaltsführung
7. Bürokratieabbau ernsthaft betreiben
8. Effiziente Verwaltung als Partner und Dienstleister
9. Eine digitale Agenda
10. Zukunftsfähige Infrastruktur





IHR PLUS AN *UNTERNEHMENSERFOLG*

Mit der betrieblichen Altersversorgung
von R+V.

Planen Sie Ihre Zukunft und die Ihrer Mitarbeiter. Mit der betrieblichen Altersversorgung (bAV) von R+V steigern Sie die Motivation und die Identifikation der Mitarbeiter mit Ihrem Unternehmen. Gleichzeitig gibt sie Ihnen die Möglichkeit, qualifizierte Fachkräfte langfristig zu binden. Die bAV ist eine Investition, die Ihren Mitarbeitern und Ihnen als Arbeitgeber attraktive Vorteile bringt. Erfahren Sie mehr auf www.ruv.de



Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken



DIE VERSICHERUNG
MIT DEM PLUS.



Foto: Fotolia

Die Union möchte dem Insolvenzanfechtungsrecht einige Giftzähne ziehen

Missbräuchliche Praktiken von Insolvenzverwaltern stoppen

Interview mit Elisabeth Winkelmeier-Becker, Sprecherin der Unions-Fraktion für Recht und Verbraucherschutz im Deutschen Bundestag

Die Fragen stellte Günter F. Kohl

Sie haben sich vorgenommen, dem Insolvenzrecht ein paar Giftzähne zu ziehen – welche?

Elisabeth Winkelmeier-Becker: Wir wollen im Interesse der Unternehmen und des Wirtschaftsverkehrs vor allem für mehr Rechtssicherheit und Berechenbarkeit bei Insolvenzanfechtungen sorgen. In den vergangenen Jahren sind Insolvenzverwalter zum Teil in unverhältnismäßiger Weise gegen Geschäftspartner des Insolvenzschuldners vorgegangen. Wir wissen von zahlreichen Fällen, in denen Insolvenzverwalter normale Geschäftsvorfälle wie Ratenzahlungsvereinbarungen, die sie in den Büchern des insolventen Schuldners gefunden hatten, zum Anlass für

eine Insolvenzanfechtung genommen haben - und dies mit bis zu zehn Jahren Rückwirkung. Die damit verbundenen Rückforderungen, die oftmals um hohe Zinsbeträge aufgestockt werden, belasten den Gläubiger erheblich und bringen ihn nicht selten selbst in ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Was möchten Sie ändern?

Winkelmeier-Becker: Wir als Union setzen uns daher dafür ein, dass solche missbräuchlichen Praktiken der Insolvenzverwalter gestoppt werden. Dafür muss zunächst die Anfechtungsfrist von zehn auf vier Jahre verkürzt werden. Zudem muss klargestellt werden, dass eine vom Gläubiger gewährte geschäftsübliche Zahlungserleichterung keine Grundlage für ein Vorgehen des Insol-

venzverwalters sein kann. In diesem Zusammenhang wollen wir auch festlegen, dass eine Insolvenzanfechtung ausgeschlossen ist, wenn der Schuldner unmittelbar eine gleichwertige Gegenleistung erhalten hat, die zur Fortführung seines Unternehmens erforderlich war.

Wir sind auf diesem Weg ein gutes Stück vorangekommen. Der Gesetzentwurf soll im kommenden Herbst im Bundestag beraten werden. Wir sind daher guter Hoffnung, dass mit dem Insolvenzanfechtungsrecht absehbar nicht mehr giftig zugebissen werden kann.

Syndikusanwälte fühlen sich gegenüber ihren Kollegen in Kanzleien benachteiligt ...?

Winkelmeier-Becker: ... weil ihnen ihre Altersversorgung im anwaltlichen Ver-



Syndikusanwälte sollen in Zukunft wieder Rechtssicherheit bei ihrer Berufsausübung haben und auf ihre Altersversorgung in den berufsständischen Versorgungswerken vertrauen können

sorgungswerk streitig gemacht wird. Das Bundessozialgericht hat im vergangenen Jahr ohne jede Not das bewährte System der berufsständischen Altersversorgung als Ganzes in Frage gestellt. Die Kasseler Richter haben den Gesetzeswortlaut des einschlägigen § 6 SGB VI dabei in sehr eigenwilliger Weise interpretiert. Ihre Entscheidung vom April 2014, nach der letztlich die angestellt tätigen Angehörigen freier Berufe nicht mehr von der gesetzlichen Rentenversicherung befreit werden können, entzieht der berufsständischen Versorgung langfristig den finanziellen Boden. Man hat den Eindruck, dass die SPD genau dies auch will, um dem Leitbild einer Bürgerversicherung näherzukommen. Jedenfalls ist Minister Maas die notwendige Neuregelung des anwaltlichen Berufsrechts in der Bundesrechtsanwaltsordnung zunächst nur widerwillig angegangen. Der jetzt diskutierte Gesetzentwurf ist nur aufgrund des Drucks von Seiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgelegt worden.

Was plant die Union auf diesem Rechtsgebiet?

Winkelmeier-Becker: Wir wollen, dass Syndikusanwälte in Zukunft wieder Rechtssicherheit bei ihrer Berufsausübung haben und auf ihre Altersversorgung in den berufsständischen Versorgungswerken vertrauen können. Bei dem vorgelegten Gesetzentwurf sehen wir insofern noch einige Sollbruchstellen, die es der gesetzlichen Rentenversicherung auch weiterhin erlauben würden, Syndikusanwälten – und in der Folge allen ange-

stellten Freiberuflern – die Befreiung von der gesetzlichen Versicherungspflicht zu versagen. Hier muss u.a. bei den Themen „Pflichtversicherung im Versorgungswerk“ als Voraussetzung einer Befreiung und „Regress und Haftpflicht gegen-

über dem Arbeitgeber“ noch nachgebessert werden.

Beim Thema berufsständische Versorgung wird leider sehr gerne mit Sozialneid argumentiert – nach dem Muster: „Die Reichen stehlen sich aus der Solidargemeinschaft“. Dies übersieht jedoch völlig die entgegenstehenden Fakten: Konrad Adenauer hat bei Einführung der Lohnersatzrente 1957 die freien Berufe gegen deren Willen nicht einbezogen. Freiberufler lebten damals ca. 10 Jahre länger als die (unter damals ganz anderen Bedingungen arbeitenden) Arbeiter. Daher wollte Adenauer damals nicht, dass Arbeiter die Rente der länger profitierenden Freiberufler bezahlen. Anlass zur Gründung der berufsständischen Versorgungswerke, die teilweise mit Kapitaldeckung arbeiten – und vor allen Dingen im Gegensatz zur gesetzlichen Rentenkasse seit jeher ohne jeden staatlichen Zuschuss aus Steuergeldern auskommen.

Können die von Ihnen beabsichtigten Änderungen im Kundendatenschutz zu noch mehr Bürokratie bei den Unternehmen führen?

Winkelmeier-Becker: Mit dem „Gesetz zur Verbesserung der zivilrechtlichen Durchsetzung verbraucherschützender Normen des Datenschutzrechts“ – so der volle Titel – will die Große Koalition bestehenden Asymmetrien beim Schutz von Kundendaten begegnen. Weltweit grenzüberschreitend tätige Internetfirmen wie Google und Facebook, deren Geschäftsmodell letztlich auf dem „Abgreifen“ und Verwerten der Kunden-

daten beruht, müssen wir eine wirksame Kontrolle entgegensetzen, die von den 16 Landesämtern für Datenschutz nicht ausreichend leistbar ist. Daher sollen privatrechtliche Vereine, wie Verbraucherzentralen, als sogenannte Marktwächter solche Verstöße im Umgang mit Kundendaten – von denen der Bürger kaum etwas mitbekommt – aufspüren und abmahnen können.

Uns kommt es entscheidend darauf an, dass der Wirtschaft durch dieses Gesetz keine unzumutbaren Belastungen entstehen. Deshalb haben wir auf eine längere Übergangsfrist zur notwendigen Anpassung der AGB und auf eine gegenüber dem ersten Entwurf deutlich engere Fassung gedrungen. Wir wollen außerdem, dass vor einer Abmahnung dem Unternehmen eine zweiwöchige Frist eingeräumt wird, um sich beraten zu lassen.



Elisabeth Winkelmeier-Becker ist seit September 1992 Richterin, seit 1981 Mitglied der CDU, seit 2010 Kreisvorsitzende der CDU Rhein-Sieg, seit 2012 Stellvertretende Vorsitzende der CDU NRW und seit 2013 Stellvertretende Vorsitzende der CDA NRW.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 2005; Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion für Recht und Verbraucherschutz; ordentliches Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz; stellvertretende Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; stellvertretende Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Es war einmal: Ehemalige Sparkasse in Berlin-Pankow

Wir machen den Weg frei ... für Schließungen

Jeden Arbeitstag schließen fast vier Filialen von Banken und Sparkassen

Von Günter F. Kohl

Banken und Sparkassen werden zunehmend von ihrer eigenen Werbung eingeholt. In vielen Slogans spielte die Nähe zum Kunden eine große Rolle. Ob „Fair.Menschlich. Nah“, „24 h – überall für Sie da“, „Die Bank an Ihrer Seite“ oder „Aus der Region für die Region“ – Ihre Verwurzelung und Präsenz im Lokalen und Regionalen war vor allem den Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken ein echtes Anliegen.

Rückzug aus der Fläche

Das ändert sich mit zunehmendem Tempo. Nach Angaben der Bundesbank wurden 2014 in Deutschland 894 Filialen von Kreditinstituten geschlossen. 2014 gab es nur noch 35.302 Filialen, 1995 waren es 67.930. Noch einmal 20 Jahre später werden es nach Schätzungen allenfalls nur noch 20.000 sein. Am stärksten specken die Volks- und Raiffeisenbanken ab, die in den nächsten zwei bis drei Jahren nach eigenen Angaben bis zu 20 Prozent ihrer jetzt noch gut 11.000

Filialen schließen werden. Auch der Marktführer im deutschen Filialgeschäft, die Sparkassen, trennen sich Jahr für Jahr von ihren noch gut 12.000 Zweigstellen. Im letzten Jahr waren es 400.

Dieser Rückzug aus der Fläche hat mehrere Ursachen. Zum einen sicher die verstärkte Nutzung des Online-Bankings über das Internet, zum anderen aber auch die Konkurrenz der Direktbanken und natürlich der hohe Kostenaufwand für die Unterhaltung des Filialnetzes im Vergleich zur Er-

tragsstärke des Investmentbankings und der Vermögensverwaltung.

Die Wege werden länger

Weniger betroffen von diesem Aderlass sind die Großbanken, die im Vergleich zur VR-Gruppe und den Sparkassen nur relativ wenige Filialen haben. Alle Privatbanken zusammen haben nur knapp 30 Prozent aller Zweigstellen des deutschen Kreditgewerbes.

Für Kunden auf dem Land bedeuten die Schließungen der Klein- und Kleinstfilialen der Sparkassen und VR-Banken längere Wege für ihre Finanzberatung. Damit ist der frühere Standort- und Wettbewerbsvorteil dieser Institute dahin. Denn wenn der Kunde sowieso in den nächsten Zentralort oder in die Kreisstadt muss, macht es keinen Unterschied mehr, ob er sich an die neuen Mitarbeiter seines bisherigen Instituts an einem anderen Ort gewöhnen muss oder zu einer Privatbank am gleichen Ort wechselt.

Für die von Filialschließungen betroffenen Privatkunden ist es gar nicht so sehr die Beratung in der Filiale vor Ort, die sie vermissen, sondern der Geldautomat und das Überweisungsterminal mit Kontoauszugsdrucker fehlen ihnen. Denn selbst die Unterhaltung einer SB-Filiale ohne Personal ist den Instituten zu aufwändig.

Kaum Widerstand beim Mittelstand

Was überrascht, ist der geringe Widerstand, den Handel, Handwerk und Gewerbe den Filialschließungen entgegensetzen. Schließlich sind sie engstens verwoben mit den Sparkassen und vor allem mit den Volks- und Raiffeisenbanken, deren Aufsichtsräte ihre Vertreter sie von alters

her stellen. Bäcker, Schlachter, Kaufleute, Gaststätten-Besitzer, Kioskbetreiber, das gesamte Kleingewerbe, sie alle sind auf standortnahe Geldversorgung angewiesen. Sie brauchen eine Filiale vor Ort für ihr ständig neu benötigtes Münzgeld und für die Einzahlung der abendlichen Einnahmen.

Auch das lokale soziale Engagement der Kreditinstitute, heute gern als Corporate Social Responsibility (CSR) beschrieben, wird sich durch die fehlende Nähe reduzieren. Vereine und soziale Einrichtungen werden dies schmerzlich zu spüren bekommen.



Die Commerzbank hat heute noch 1.100 Filialen



Foto: Archiv

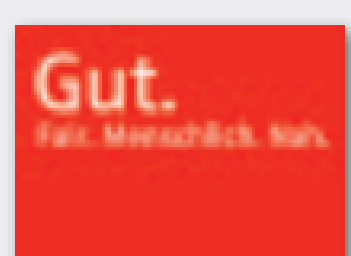


Foto: Archiv

Ärgernis für den Handel

Manche Sparkassen nehmen mittlerweile 40 Cent für eine EC-Cash-Nutzung sowie für die Einzahlung des Tagesumsatzes. Das sind zusätzliche Kosten, die der Handel nicht an die Verbraucher weitergeben kann.

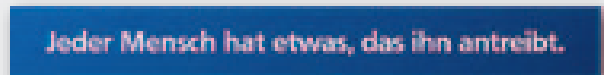


Foto: DRV



Die Werbung von einst wirkt angesichts der heutigen Realität der Filialschließungen wie Hohn

Irreführende Werbung mit gekauften „Likes“

Werbung für ein Produkt oder eine Dienstleistung ist heute nicht mehr ohne weiteres als lauter erkennbar. In manchen Branchen, vor allem im Restaurant- und Hotelbereich, hat sich aber eine Werbeform etabliert, die allmählich beginnt, ärgerlich zu werden. Die Rede ist von sogenannten Bewertungsportalen, in denen Kunden zum Ausdruck bringen, ob ihnen das Produkt oder die Dienstleistung zugesagt hat. Insoweit handelt es sich um die alte Form der Empfehlungswerbung, die ja bekanntlich die nachhaltigste sein soll. Immer häufiger werden aber Anbieter dabei ertappt, solche Empfehlungen „angeregt“ und gegen Vergünstigungen jeglicher Art erschlichen oder, man kann sagen, ergaunert zu haben.

Auf das UWG achten

In Betracht kommt in diesen Fällen zunächst ein Verstoß gegen das Verbot irreführender geschäftlicher Handlungen aus § 5 UWG. Ein Verstoß liegt dabei schon dann vor, wenn allein die Gefahr besteht, dass die beteiligten Verkehrskreise über die wesentlichen Merkmale des beworbenen Produkts getäuscht werden können. Außerdem ist Werbung – unabhängig von ihrem Inhalt – unlauter im Sinne von § 4 Nr. 3 UWG,



Foto: Fotolia

Gekaufte Empfehlungen täuschen die Kunden

wenn ihr Werbecharakter verschleiert wird. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn Werbungen als private Äußerungen getarnt werden. Selbst wenn die privaten Äußerungen „echt“ sind, aber durch besondere Vergünstigungen „erkauft“ wurden, kann ein Verstoß gegen das Irreführungsverbot gegen § 5 UWG vorliegen.

Bewertung darf nicht erkauft sein

Daher hat das Oberlandesgericht Hamm (Urteil vom 23.11.2010, Az.: I-4 U 136/10) bereits ein entsprechendes Verbot ausgesprochen. Dort ist mit Kundenempfehlungen und anderen Referenzschreiben geworben worden. Als Gegenleistung für die Abgabe der Bewertung haben die Verfasser einen Rabatt entweder von 10 oder sogar von 25 Prozent auf einen zukünftigen Kauf der bewerteten Produkte erhalten. Das Oberlandesgericht Hamm sah die so zu Stande gekommenen Bewertungen als wettbewerbswidrig an. Werde mit Kundenempfehlungen und anderen Referenzschreiben geworben, dürfe das Urteil des Kunden grundsätzlich nicht erkauft sein.

Entsprechend hat das Landgericht Stuttgart (Beschluss vom 06.08.2014, Az.: 37 O 34/14 KfH) unlängst entschieden. Es verbot einem Unternehmen, mittels zugekaufter „Fans“ oder „Likes“ oder „Gefällt mir-Angebote“ auf der Internetplattform Facebook zu werben und dadurch den Eindruck zu erwecken, dass diese Personen den entsprechenden Button geklickt hätten. Bei der dortigen Antragsgegnerin handelte es sich um ein junges Direktvertriebsunternehmen. Diesem gelang es in wenigen Monaten, über 14.500 „Gefällt mir“-Klicks zu erhalten. Bei genauerem Hinsehen stellte

sich jedoch heraus, dass ein Großteil der Fans aus Indonesien, Indien und Brasilien stammte, obwohl die Antragsgegnerin dort gar nicht tätig war. Das Landgericht sah hierin eine irreführende Werbung.

Ärzte kauften Ranking

Dem Ärzteeempfehlungsportal „Jameda“ hat das Landgericht München I (Urteil vom 18.03.2015, Az.: 37 O 19570/14) verboten, Ärzte oben auf die Bewertungsskala zu setzen, nur weil diese für das Ranking bezahlten. Gekaufte Topplatzierungen – so das Landgericht – müssten deutlich als Anzeigen gekennzeichnet werden. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass der Verbraucher, der online nach einem gut bewerteten Arzt suche, in die Irre geführt werde.

Das Landgericht Berlin (Beschluss vom 25.08.2011, Az.: 16 O 418/11) untersagte der niederländischen Betreibergesellschaft des Hotelbuchungsportals www.booking.com, auf ihrem Portal Hotels in der Rubrik „Beliebtheit“ in absteigender Reihenfolge aufzulisten, wenn die Hotelbetreiber mit einer Provision die Position positiv beeinflussten. Die Beeinflussung des Rankings durch Provision von Hotelbetrieben an den Betreiber hielt das Landgericht dabei für generell unzulässig.

Das alles heißt nun nicht, dass (vorausgesetzt, es wird nichts falsches über die Produkte berichtet) derartige Werbungen nicht legalisiert werden könnten. Die entscheidende Frage ist: Ab wann reicht die Kennzeichnung aus, um (schon) den Verboten aus § 5 UWG und § 4 Nr. 3 UWG zu entgehen? Dies muss sorgsam geprüft werden.

Quelle: Dr. Jan Felix Isele von der Kanzlei Danckelmann und Kerst



Eine Firma kaufte „Gefällt mir“-Klicks in Indonesien und Brasilien

Foto: Fotolia



Gleichrangig

Marie-Luise Schwarz-Schilling
Broschur, 335 S., 14,90 Euro
ISBN 978-3-95630-253-4
Wagner Verlag

Unter der Fragestellung „Wie hält die Zweisamkeit das aus?“ hat die Autorin eine Tafelrunde aus Männern und Frauen zusammengestellt, die sie frank und frei diskutieren lässt und dies dokumentiert. Und das zu Themen wie: „Wie verschieden sind Mann und Frau?“, „Männlicher und weiblicher Führungsstil“, „Neugier und Sehnsucht“ oder „Das Grollen der Männer“. Ein leicht und kurzweilig zu lesendes Buch als Diskussionsbeitrag zu Frauenquote und Gender-Diversity.

Wem übrigens glaubt, der Name der Autorin komme ihm bekannt vor, der liegt richtig. Sie ist die Ehefrau des CDU-Politikers, Bundesministers und Mittelstands-Politikers Christian Schwarz-Schilling.



Toolbox Social Media

Broschur, 285 S., 29,95 Euro
ISBN 978-3-79103426-3
Verlag Schäffer Poeschel

Das Buch stellt 111 Werkzeuge für die (Weiter-) Entwicklung und Implementierung der Unternehmenswebsite und des Web-2.0-Konzepts vor. Im Mittelpunkt stehen die vier Kommunikationsfelder Unternehmenskommunikation, Mitarbeiterkommunikation, B2B-Marketingskommunikation und Investor Relations. Die praxiserprobten Tools werden durch erfahrene Profis erläutert. Wertvolle Muster und Vorlagen erleichtern die tägliche Arbeit.

Ludwig Erhard jetzt

Paperback, 160 S., 6,99 Euro
ISBN 978-3-89879-916-4, FBV-Verlag

„Dieses Buch“, so schreiben es die Autoren ins Vorwort, „will den Leser davon überzeugen, dass die Soziale Marktwirtschaft Erhard'scher Prägung nicht nur nach wie vor aktuell ist. Seine zeitlosen Empfehlungen sind aktueller denn je.“ Mitgeschrieben an diesem Buch hat auch Luise Gräfin von Schlippenbach, in den Nachkriegsjahren eine enge Mitarbeiterin Erhards und Wirtschaftsjournalistin.



Auf den Spuren von Martin Luther

Broschur, 264 S., 14,95 Euro
ISBN 978-3-8319-0563-8
Ellert & Richter Verlag

2017 steht das 500. Reformationsjubiläum an. Grund genug für den Kulturredakteur und Theologen Matthias Gretzschel, Luthers Schicksal anhand einzelner Lebensstationen nachzuzeichnen: Vom Geburtsort Eisleben über die Schulzeit in Eisenach bis zum Eintritt ins Erfurter Augustinerkloster. Dokumentiert werden auch spätere Stationen und Reisen. Im Anhang findet der Leser „Lutherstätten in Deutschland von A – Z“, von denen bereits einige im Hinblick auf das Jubiläum neu gestaltet wurden.



Kommunikation als Lebenskunst

Brosch., 217 S., 24,95 Euro
ISBN 978-3-8497-0049-2
Carl-Auer Verlag

Wohltuenderweise und völlig gegen den allgemeinen Trend verzichten die beiden Autoren Bernhard Pörksen und Friedemann Schulz von Thun auf jegliche Glückformeln und Tipps zur Selbstoptimierung. Stattdessen liefern sie eine kompakte und kurzweilige Einführung in die moderne Kommunikationspsychologie. Unbestritten ist, dass die Qualität der Kommunikation im Beruf wie im Privaten die Qualität unseres Lebens entscheidend bestimmt.

Dezentrales Marketing und Crowdsourcing

Hans-Jürgen Borchardt
Geb., 188 S., 27,90
ISBN 978-3-89578-413-2, Publicis Verlag

Klassisches Marketing ist nicht selten geprägt durch eine systembedingte Trägheit, unzureichende Beachtung der Kundenerwartungen, zentralistische Strukturen, wunschbasierte Planzahlen oder unzureichende Koordination mit internen Partnern. All dies führt dazu, dass Unternehmen nicht oder zumindest weniger erfolgreich sind, als sie es sein könnten. Unser Autor Hans-Jürgen Borchardt zeigt Unternehmen, welche Elemente des Marketings in den nächsten Jahren relevant sein werden und worauf Unternehmen achten müssen, wenn sie dauerhaft Erfolg haben wollen.



Verlosung

Der Autor hat uns drei dieser Bücher zur Verfügung gestellt, die wir gerne kostenlos und portofrei an unsere Leser weitergeben. Wer sich für eines der Bücher interessiert, schreibe eine E-Mail an info@mitmagazin.com mit dem Stichwort „Crowdsourcing“. Den ersten drei Einsendern geht dann ein Exemplar zu.

SEAT Leon-X-perience

Allradantrieb und viel Platz



Der neue SEAT Leon -X-perience aus dem Volkswagen-Konzern wurde „Firmenauto des Jahres“

Über 200 Fuhrparkmanager aus ganz Deutschland haben bei Europas größtem Praxis-Vergleichstest 63 Modelle Probe gefahren und dabei rund 43.000 Kilometer zurückgelegt. Insgesamt wurde das Prädikat „Firmenauto des Jahres“ an die 16 Sieger-Modelle verliehen. Initiiert wurde die Verleihung von der Fachzeitschrift Firmenauto und der Sachverständigenorganisation DEKRA und fand im Europapark in Rust statt. Der SEAT Leon ST überzeugte die Fuhrparkmanager mit seinem sparsamen 2.0 TDI Motor und dem komfortablen Getriebe als bestes Importfahrzeug in der Kompaktklasse.

Bereits die Basisausstattung der Leon Modelle überzeugt mit viel Komfort und Sicherheit. Dank der sieben serienmäßigen Airbags, der elektronischen Stabilisierungskontrolle mit Antiblockiersystem und Antriebsschlupfregelung sowie einem Kindersitz-Sicherungssystem

lässt sich jede Fahrt entspannt genießen.

Umfassende Angebotspalette

Mit vier Ausstattungslinien, neun Motorisierungen sowie zahlreichen Sonderausstattungen gibt es

FOTOS: SEAT

für jeden den passenden Leon. Die kräftigen und zugleich sparsamen TDI- und TSI-Triebwerke decken eine Leistungsbandbreite von 63 kW/86 PS bis 135 kW/184 PS ab und arbeiten alle mit Direkteinspritzung und Turboaufladung. Sie erzielen Verbrauchswerte, die sich auch im Normalbetrieb sehen lassen können.

Ein geballtes Hightech-Paket garantiert die Performance des Leon CUPRA – Top-Modell der Baureihe. An der Spitze steht das neu entwickelte 2.0 TSI-Triebwerk mit Dual-Einspritzung und variablem Ventilhub. Es liefert je nach Version eine Leistung von 195 kW / 265 PS oder 206 kW / 280 PS. Die adaptive Fahrwerksregelung DCC, die Vorderachs-Differentialsperre, die Progressivlenkung, das CUPRA Drive Profile oder die serienmäßigen Voll-LED-Scheinwerfer sind weitere Beispiele moderner Technologie. Es gibt den Leon Cupra als Fünftürer, als Sport Coupé mit drei Türen und als Leon ST Cupra mit dem Platzangebot eines Kombis.



Viel Platz und ein übersichtliches Cockpit



Foto: Volvo

Volvo V60

Ein authentischer Sportkombi

Auch unter den neuen Eigentümern, einem chinesischen Autokonzern, legt Volvo Wert auf Sicherheit

Dynamisch, elegant und innovativ – so präsentiert sich der Volvo V60. Mit dem Sportkombi stellt der schwedische Premium-Hersteller eindrucksvoll seine Kompetenz in dieser Fahrzeugklasse unter Beweis. Der Fünftürer überzeugt mit hoher Variabilität, großzügigen Platzverhältnissen und einer Vielzahl moderner Sicherheits-

und Fahrer-Assistenzsysteme. Dank der neuen Motorenfamilie präsentiert sich der Sportkombi zudem effizienter als seine Vorgänger.

In allen Varianten mit Frontantrieb kommen ab sofort Triebwerke der von Volvo selbst entwickelten Motoren zum Einsatz. Die Vierzylinder verfügen über effizien-

te Direkteinspritzung und können dank Aufladung ein besonders breites Leistungsspektrum abdecken. Neu im Programm sind die beiden Turbobenziner T3 und T4 mit 112 kW (152 PS) und 140 kW (190 PS) sowie die Dieselmotoren D2 mit 88 kW (120 PS), D3 mit 110 kW (150 PS) und der neue Top-Diesel D5 mit 165 kW (225 PS). In allen Antriebsvarianten ist der Volvo V60 zum Modelljahr 2016 serienmäßig mit einem Berganfahrassistenten und einem Start-Stopp-System ausgerüstet.

Der Fünftürer bietet durch seine spezielle Karosseriestruktur allen Insassen ein Höchstmaß an Sicherheit, wie man sie seit Jahrzehnten von Volvo kennt. Dafür sorgen die patentierte und in vier Zonen aufgeteilte Frontstruktur mit Stahlsorten verschiedener Festigkeit. Hinzu kommen die verstärkte Dachstruktur aus hochfestem Stahl und die extrem belastbare Tür- und Seitenstruktur.



5 EURO HOLEN SIE AUS DER SCHUSSLINIE.

Wilderei hat die Bonobos fast ausgerottet. Mit Ihrer Spende können wir sie noch retten.

Mehr Infos unter wwf.de. Direkt spenden an den WWF: IBAN: DE06 5502 0500 0222 2222 22, Bank für Sozialwirtschaft Mainz, BIC: BFSWDE33MNZ, Stichwort BON080

Jetzt spenden
wwf.de/bonobo



Foto: Pitopia

Steuer-Tipps

Neue Abschreibungen für Immobilien

Sind Abschreibungen einer Immobilie des Privatvermögens verbraucht, stellt sich die Frage, wie eine neue Abschreibungsgrundlage geschaffen werden kann.

Der Familienangehörige veräußert nach Ablauf der 10-Jahresfrist seine Immobilie des Privatvermögens. Folge: steuerfreier Veräußerungsgewinn (§ 23 EStG), gleichgültig an wen er die Immobilie verkauft.

Soll der Angehörige an weiteren Wertsteigerungen der Immobilie nach Veräußerung an den Gewerbebetrieb des Seniors partizipieren, wird mit ihm eine GmbH oder GmbH Co KG gegründet.

Der Grundbesitz wird zum Teilwert gegen Beteiligung eingebracht. Bei gestiegenen Immobilienpreisen kann auf die Gebäudekosten laufend eine neue Abschreibung auf der Basis des Anlagewertes abzüglich der bisher im Privatvermögen vorgenommenen AfA vorgenommen werden. Der verbleibende Buchrestwert ist Betriebsausgabe bei Entnahme bzw. Verkauf.

Bei einem späteren Verkauf kann § 6b ESt genutzt werden.

StB W. Pfeifer, Berlin
www.steuerberaterpfeifer.de

Verstehen lernen statt ausflippen

Kündigung wegen Mindestlohnforderung nicht rechters

Von Oliver Schumacher

Menschen bekommen sehr schnell Stress, wenn sie aufgrund von Aussagen oder Verhaltensweisen in Situationen geraten, die ihnen nicht gefallen. So bekommen manche Verkäufer einen erhöhten Puls, wenn ihr Kunde einen Einwand äußert, den sie eigentlich noch nie richtig entkräften konnten – und deswegen erfahrungsgemäß häufig das Verkaufsgespräch scheiterte. Andere Kunden sind einem manchmal einfach unsympathisch. Vielleicht aufgrund ihres Erscheinungsbildes, ihrer Art und Weise, mit dem Verkäufer zu sprechen oder weil sie anscheinend alles Mögliche wollen, aber ganz bestimmt nichts kaufen. Gibt es ein Geheimrezept für den Umgang mit „schwierigen“ Kunden?

Haben Sie schon einmal etwas „in den falschen Hals“ bekommen? Einfach nur, weil jemand etwas zu Ihnen gesagt hat, das er so gar nicht meinte? Oder haben Sie schon einmal einen gut gemeinten Spruch zur Aufmunterung Ihres Gegenübers gesagt – doch dieser „blaffte“ schroff zurück? Missverständnisse aufgrund von falschen Interpretationen scheint es sehr häufig zu geben. Aber es liegt nun einmal in der Natur des Menschen, dass wir etwas sehen oder hören – und automatisch werten.

Es kann sogar sein, dass uns an einigen Mitmenschen gerade das ganz besonders nervt, was wir selbst gerne hätten. Vielleicht nicht im Verhältnis 1:1. Aber wenn Sie vielleicht von einem teuren Sportwagen überholt werden und Ihr Beifahrer sagt „So ein Angeber!“ – kann es sein, dass Sie Ihrem Beifahrer zustimmen, aber selbst gerne auch einmal etwas mehr auffallen würden? Oder wenn wir lesen, dass

eine Berufsgruppe wieder mehr Lohn bekommt, wir aber nicht den Eindruck haben, dass gerade diese eine Zulage verdient hat, kann es da nicht sein, dass wir es ihnen nicht gönnen, weil wir auch wieder einmal endlich mehr in der Geldbörse hätten? Der Spruch „Es gibt keine schwierigen Menschen. Es ist nur schwierig mit den Gefühlen umzugehen, die diese in uns verursachen“ bringt es auf den Punkt.

Gerade an Menschen, die auf den ersten Blick als komplett anders erscheinen, können Sie persönlich als Verkäufer und Persönlichkeit enorm wachsen. Es ist übrigens hochinteressant, wenn man Menschen beobachten kann, die das Gleiche aus einer komplett anderen Perspektive sehen. Sollte jemand einen Standpunkt vertreten, der Ihnen gar nicht gefällt, dann gehen Sie bitte nicht automatisch dagegen an. Wenn jemand eine andere Meinung hat als Sie, dann ist es seine Meinung. Sehen Sie seine Äußerungen doch einfach als Meinungsvorschläge an. Das heißt: Es liegt an Ihnen, ob Sie die Meinung Ihres Gesprächspartners zu Ihrer Meinung machen wollen – oder nicht. Respektieren Sie einfach gewisse Dinge und hinterfragen gegebenenfalls wertschätzend, wie er zu dieser Meinung gekommen ist.

Fazit: Freuen Sie sich also zukünftig auf Kunden, die etwas anders sind als die Norm. Denn nur an diesen werden Sie persönlich wachsen. Und irgendwann werden Sie rückblickend merken: Donnerwetter, vor zwei Jahren wäre ich bei diesem Kunden ausgeflippt. Aber jetzt ging alles plötzlich ganz leicht – und der Kunde hat sogar gekauft.

Der Verfasser ist Buchautor und Experte für Verkaufserfolge.
www.oliver-schumacher.de

Foto: Fotolia

Unterhalt I: „Lebenslang“**kann auch kürzer sein**

BGH; Urteil vom 18.02.2015;
12 ZR 80/13

Das Unterhaltsrecht ist immer noch im Fluss. Galt früher der Grundsatz, dass im Zweifel der Besserverdienende seinem geschiedenen Ehepartner lebenslang Unterhalt zahlen muss, so ist dieses heute zumindest so pauschal nicht mehr richtig. Die jüngsten Gesetzesänderungen beschäftigen daher auch weiterhin die Gerichte, insbesondere im Hinblick auf ältere Eheverträge, die im Wesentlichen von Freiberuflern und Selbständigen abgeschlossen worden sind.



Foto: clipdealer

Der Bundesgerichtshof (BGH) durfte jetzt einen solchen Fall entscheiden. In dem Ehevertrag hatten die Eheleute vereinbart, dass die Ehefrau 50 Prozent der bereinigten Einnahmen aus der Zahnarztpraxis des Klägers als Unterhalt erhalten sollte. Mit Wegfall der Unterhaltsverpflichtung den Kindern gegenüber sollte sich die Quote auf 40 Prozent verringern, wobei die Unterhaltszahlung lebenslang erfolgen und eigenes Erwerbseinkommen der Ehefrau nicht auf die Unterhaltsleistung angerechnet werden sollte. Nachdem die Ehe im Jahr 1999 geschieden worden war, verurteilte ein Berufungsgericht den Kläger auf der Grundlage des vorgenannten Vertrages, an die Ehefrau ab Januar 2004 monatlich 2.810,83 Euro

zu zahlen. Nach einigen Vorprozessen verlangt der Ehemann nun eine deutliche Reduzierung des zu zahlenden Unterhalts.

Der BGH hat in seiner Entscheidung trotz eines anderen Wortlauts im Ehevertrag deutlich gemacht, dass eine Befristung der Zahlungsverpflichtung im Nachhinein möglich ist. Haben die Parteien in einem Ehevertrag eine lebenslange Unterhaltsverpflichtung vereinbart, und hat sich die Rechtslage anschließend geändert (hier: Möglichkeit der Befristung), bleibt es dem Unterhaltspflichtigen im Zweifel unbenommen, sich auf eine Störung der Geschäftsgrundlage zu berufen (so der BGH schon in seiner Entscheidung vom 25. Januar 2012 - XII ZR 139/09). Im zu entscheidenden Fall gab es jedoch ehebedingte Nachteile, da die Ehefrau wegen einer Berufspause von ca. 30 Jahren jetzt nur noch einer geringfügig qualifizierten Beschäftigung nachgehen konnte. Eine Befristung scheidet dann aus, allerdings kann nun der unterhaltsrechtliche Bedarf der Ehefrau auf den angemessenen Lebensbedarf herabgesetzt werden.

Praxistipp: Es ist sehr wichtig, ältere Eheverträge oder Verträge, die im Zusammenhang mit einer Trennung oder Scheidung geschlossen worden sind, regelmäßig auf ihre Aktualität hin zu überprüfen. Die Gesetzgebung und die Rechtsprechung haben in den letzten Jahren gerade im Unterhaltsrecht einen erheblichen Wandel erfahren. Eine „Inspektion“ des Vertragswerkes durch einen Fachanwalt für Familienrecht kann helfen, ein böses und teures Erwachen im Rahmen eines Ehescheidungsverfahrens zu vermeiden.

Unterhalt II: Kindesunterhalt**wird nach Anpassung teurer**

www.olg-duesseldorf.nrw.de/infos/duesseldorfer_tabelle

Seit dem 01. August 2015 hat sich die „Düsseldorfer Tabelle“ geändert. Die Bedarfssätze unterhaltsberechtigter Kinder sind erhöht worden, was damit eine Erhöhung des zu zahlenden Unterhalts nach sich zieht.

Foto: clipdealer



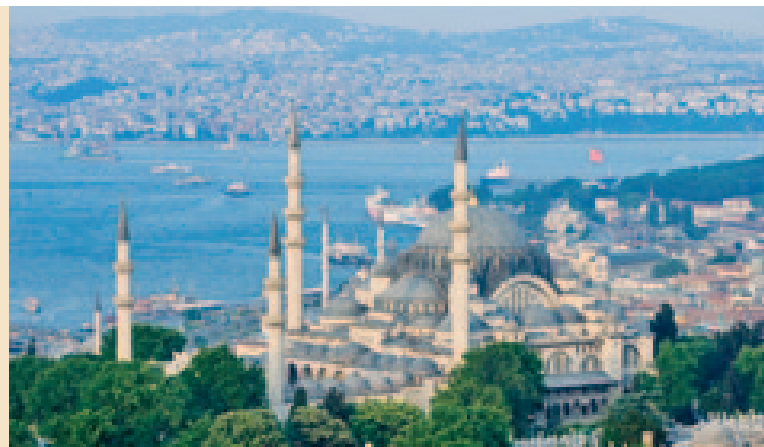
Der Mindestunterhalt eines Kindes bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres (1. Altersstufe) steigt von bisher mtl. 317,00 Euro auf mtl. 328,00 Euro, eines Kindes vom siebten bis zur Vollendung des zwölften Lebensjahres (2. Altersstufe) von mtl. 364,00 Euro auf mtl. 376,00 Euro und der eines Kindes ab dem 13. Lebensjahr bis zu Volljährigkeit (3. Altersstufe) von bisher mtl. 426,00 Euro auf mtl. 440,00 Euro. Das Kindergeld ist zu Hälfte auf diese Bedarfssätze anzurechnen, wenn der das Kind betreuende Elternteil das Kindergeld erhält. In der 1. Altersstufe sind also für ein erstes Kind 236 Euro zu zahlen.

Zusammengestellt von Rechtsanwalt und Notar Wolf-Dietrich Bartsch

ISTANBUL

Orient, öffne dich!

Wo beginnt das Morgenland, wo endet das Abendland? Die Brückenstadt am Bosphorus verknüpft die Kulturen Europas und Asiens und lockt mit so manchem Juwel, das der Metropole auf zwei Kontinenten eine überwältigende Strahlkraft verleiht. Wer Istanbul jedoch für angestaubt hält, der wird sich mehr als wundern; denn neben den Märchen aus 1001 Nacht zeigt sich die glitzernde Schöne als kosmopolitisch, trendig und hip!



1. Tag: Hos geldiniz

Mittags Linienflug mit Turkish Airlines nonstop vom gebuchten Flughafen nach Istanbul. Ihr Marco Polo Scout empfängt Sie am Flughafen und bringt Sie in Ihr zentral gelegenes Hotel. Nach der Begrüßung mit „Hos geldiniz“ und einem Glas eisgekühlten Raki unternehmen Sie abends einen ersten Spaziergang mit Ihrem Scout durch die modernen Viertel rund um Ihr Hotel.

2. Tag: Entdeckertag

Zeit zur freien Verfügung in Istanbul oder Spaziergang (gegen Mehrpreis, Ausflugspaket) über das Hippodrom zum Ägyptischen Obelisken. Mit der Hagia Sophia folgt das Meisterstück des alten Byzanz: einst größte Kirche der Christenheit, dann Moschee, heute Museum. Zum Entdecken der Mosaikkunst vom Feinsten erklimmen Sie die Empore. Nach dieser Anstrengung stärken Sie sich im Spoliengarten mit Haselnussgebäck und türkischem Tee. Mit einem Fährschiff schippern Sie gemütlich über den Bosphorus und blicken von Asien aus hinüber zum Topkapi-Palast. Abseits der Touristenströme bummeln Sie durch den Stadtteil Kadıköy. Nach einem echten türkischen Mokka geht es zur Bagdat Caddesi, der längsten Einkaufsmeile der Stadt.

3. Tag: Entdeckertag

Ein ganzer Tag für eigene Erkundungen. Auf einem Ausflug (gegen Mehrpreis, Ausflugspaket) lüftet Ihr Scout den Schleier der orientalischen Märchenwelt: Im Topkapi-Saray, dem Palast der osmanischen Sultane, öffnet sich Ihnen, von der Schatzkammer bis zu den endlosen Räumen des Harems, eine geheimnisvolle Welt. Vom Palast aus genießen Sie den herrlichen Blick auf den Bosphorus, bevor Sie in die engen Gassen des kuppelüberdachten Großen Basars eintauchen. Hier tanken Sie in einem historischen Kaffeehaus die notwendige Energie mit dem Orchideengetränk Sahlep ... natürlich mit viel Zimt. Weiter geht es zum Spaziergang in den Stadtteil Pera – hier schlägt Tag und Nacht das Herz der Stadt: Jugendstilhäuser, Nostalgiebahn, Treffpunkt der Biergenießer, Cicek-Passage und das Haus von Franz Liszt. Vielleicht locken ja auch die Spezialitäten des Halvameisters Koska oder die Süßspeisen von Ali Muhiddin Haci Bekir, Lieferant des Sultans und der britischen Königin!

4. Tag: Orient live

Im Ägyptischen Basar schwelgen Sie am Vormittag in Farben und Düften:

MARCO POLO LIVE

Hier entdecken Sie auf einer „Gewürzjagd für die Nase“ neben türkischem Honig und duftenden Kaffeebohnen auch eine Vielzahl orientalischer Kräuter und Gewürze wie Safran, Minze, Salbei, Ingwer und Kümmel. Es wird probiert, geschnuppert, und ein Gewürzkenner verrät Tipps für die Verwendung. Beim anschließenden Besuch einer Manufaktur in der Altstadt wird schnell klar, warum Teppiche in der Türkei „gewebte Träume“ sind – erstaunlich, welche Muster und Farben von flinken Händen in die Teppiche aus Wolle, Baumwolle oder Seide geknüpft werden. Danach betreten Sie die Sultan-Ahmet-Moschee, die ihren Namen „Blaue Moschee“ den wunderschönen Fayencen verdankt. Freie Zeit für den Rest des Tages.

5. Tag: Güle, güle!

Transfer vom Hotel zum Flughafen. Mittags Linienflug mit Turkish Airlines nonstop zurück zum gebuchten Flughafen. Individuelle Weiterreise zu den Ausgangsorten.

Flug

Im Reisepreis enthalten ist der Linienflug mit Turkish Airlines ab/bis: Düsseldorf, Hamburg, Frankfurt, München.

Auf Anfrage (ggf. gegen Aufpreis) Flug ab/bis: Berlin, Hannover, Köln, Stuttgart, Wien, Zürich. Je nach Verfügbarkeit der angegebenen Buchungsklasse Aufpreis möglich (siehe www.agb-mp.com/flug).



Reisepapiere und Impfungen

Deutsche Staatsbürger benötigen einen gültigen Personalausweis oder Reisepass. Impfungen sind nicht vorgeschrieben.

Klima

Durchschnittliche Höchsttemperaturen in °C:

	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Istanbul	14	10	08	08	10	16	20	25

Hotel

Änderungen vorbehalten

Das moderne „Hilton ParkSA“ der renommierten Hilton-Hotelkette liegt im angesagten neuen Teil Istanbul in unmittelbarer Nähe des schicken Einkaufsviertels Nisantasi. Das zentral gelegene Hotel ist idealer Ausgangspunkt für Ihre Stadtbesichtigungen. Im obersten Stockwerk sorgen das Restaurant „Cloud 7“ mit türkischer und internationaler Küche sowie eine stilvolle Rooftop-Bar für das leibliche Wohl und für einen herrlichen Blick über den Bosphorus. Für sportlich Aktive steht ein Fitnesszentrum zur Verfügung. Die 119 modern eingerichteten Zimmer bieten Bad oder Dusche und WC mit Föhn, Klimaanlage, LCD-Sat-TV, Minibar, kostenlose Tee- und Kaffeezubereitungsmöglichkeit und zwei Flaschen Mineralwasser pro Tag. Auf Wunsch wird Ihnen Bügelbrett- und eisen aufs Zimmer gebracht (ohne Gebühr). Im Businesscenter des Hotels haben Sie 30 Minuten kostenlosen Internetzugang.

Reiseversicherungen

Im Reisepreis sind keine Reiseversicherungen enthalten. Wir empfehlen jedem Teilnehmer den Abschluss der Reiseschutz-Pakete der Allianz Global Assistance: z. B. den Reiserücktrittschutz oder das Vollschutz-Paket, bei dem u. a. zusätzlich eine Reise-Krankenversicherung inkl. eines medizinisch sinnvollen Kranken-Rücktransports enthalten ist. Weitere Informationen erhalten Sie mit Ihrer Reisebestätigung oder unter www.agb-mp.com/versicherung.

Mindestteilnehmerzahl

Mindestteilnehmerzahl: 10 Personen

Höchstteilnehmerzahl: 29 Personen

Sollte die Mindestteilnehmerzahl nicht erreicht werden, kann der Veranstalter bis spätestens am 21. Tag vor Reisebeginn vom Reisevertrag zurücktreten (Näheres siehe Reisebedingungen).

5 Reisetage ab € 399,-
 • Metropole am Bosphorus
 • Europäische Trendstadt...
 • ... mit orientalischem Lifestyle
 • Zentral gelegenes Hotel
 • Linienflüge mit TURKISH AIRLINES

Reisepreis in Euro pro Person

5 Reisetage Termine 2015	DZ	EZ- Zuschlag
Mittwoch – Sonntag		
04.11. – 08.11.2015	599	239
11.11. – 15.11.2015	529	219
18.11. – 22.11.2015	529	219
25.11. – 29.11.2015	529	219
02.12. – 06.12.2015	439	179
09.12. – 13.12.2015	439	179
16.12. – 20.12.2015	439	179
30.12. – 03.01.2015	669	269
Samstag – Mittwoch		
07.11. – 11.11.2015	529	239
14.11. – 18.11.2015	529	219
21.11. – 25.11.2015	529	219
28.11. – 02.12.2015	439	179
05.12. – 09.12.2015	439	179
12.12. – 16.12.2015	439	179
19.12. – 23.12.2015	529	179
Termine 2016		
Mittwoch – Sonntag		
13.01. – 17.01.2016	399	149
20.01. – 24.01.2016	399	149
27.01. – 31.01.2016	439	179
03.02. – 07.02.2016	439	179
10.02. – 14.02.2016	479	199
17.02. – 21.02.2016	479	199
24.02. – 28.02.2016	479	199
02.03. – 06.03.2016	529	219
09.03. – 13.03.2016	529	219
16.03. – 20.03.2016	529	239
23.03. – 27.03.2016	599	239
30.03. – 03.04.2016	599	239
06.04. – 10.04.2016	529	239
13.04. – 17.04.2016	529	239
20.04. – 24.04.2016	529	239
27.04. – 01.05.2016	529	239
04.05. – 08.05.2016	619	249
11.05. – 15.05.2016	559	249
18.05. – 22.05.2016	619	249
25.05. – 29.05.2016	559	249

Samstag – Mittwoch		
09.01. – 13.01.2016	399	149
16.01. – 20.01.2016	399	149
23.01. – 27.01.2016	399	149
30.01. – 03.02.2016	439	179
06.02. – 10.02.2016	439	179
13.02. – 17.02.2016	479	199
20.02. – 24.02.2016	479	199
27.02. – 02.03.2016	479	199
05.03. – 09.03.2016	529	219
12.03. – 16.03.2016	529	219
19.03. – 23.03.2016	599	239
26.03. – 30.03.2016	599	239
02.04. – 06.04.2016	599	239
09.04. – 13.04.2016	529	239
16.04. – 20.04.2016	529	239
23.04. – 27.04.2016	529	239
30.04. – 04.05.2016	529	239
07.05. – 11.05.2016	559	249
14.05. – 18.05.2016	619	249
21.05. – 25.05.2016	559	249
28.05. – 01.06.2016	559	249

Veranstalter und Reisebedingungen

Veranstalter dieser Reise ist die Marco Polo Reisen GmbH, Riesstraße 25, 80992 München. Die GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH tritt lediglich als Vermittler auf. Die Reisebedingungen des Veranstalters sind im Internet unter www.agb-mp.com druck- und speicherfähig abrufbar.

Zahlung / Sicherungsschein

Zahlungen sind nur bei Vorliegen des Sicherungsscheines (wird mit der Reisebestätigung versandt) im Sinne des § 651 k Abs. 3 BGB fällig. Bei Vertragsschluss wird eine Anzahlung von 20 Prozent des Reisepreises, maximal jedoch € 1000,- pro Person, fällig. Der restliche Reisepreis wird am 20. Tag vor Reiseantritt bzw. spätestens bei Erhalt der Reiseunterlagen fällig.

Im Reisepreis enthalten

- Linienflug mit Turkish Airlines vom gebuchten Flughafen nach Istanbul und zurück in der Economy-Class
- 4 Übernachtungen mit Frühstücksbuffet im sehr guten, zentral gelegenen Mittelklassehotel
- Unterbringung in Doppelzimmern mit Bad oder Dusche und WC
- Transfers in landesüblichem, klimatisiertem Reisebus vom Flughafen zum Hotel und zurück mit Deutsch sprechender Marco Polo Reiseleitung

Und außerdem inklusive

- „Rail & Fly inclusive“ zum/vom deutschen Abflugsort in der 2. Klasse von jedem Bahnhof in Deutschland
- Raki-Willkommensgetränk
- Erkundungsbummel am 1. Reisetag und Ausflug „Orient Live“ am 4. Reisetag mit Deutsch sprechender Marco Polo Reiseleitung
- Zwei Flaschen Mineralwasser pro Tag im Hotelzimmer
- Kofferservice im Hotel
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (ca. € 133,-)
- Reiseunterlagen mit einem Reiseführer pro Buchung
- Klimaneutrale Bus-, Bahn- und Bootsfahrten durch CO₂-Ausgleich

Zusätzlich buchbare Extras

- Ausflugspaket / 2 Ausflüge € 99,-
- CO₂-Ausgleich Flüge (Economy) € 9,- (siehe www.agb-mp.com/co2)

Türkei HOME

WIDEN YOUR
WORLD

TURKISH
AIRLINES

Europas
Beste Airline

ANMELDUNG / RESERVIERUNG

Name, Vorname

Geburtsdatum

Telefon tagsüber (mit Vorwahl)

Straße/Hausnummer

PLZ/Wohnort

Name, Vorname, Geburtsdatum Mitreisende(r)

Gewünschtes bitte eintragen bzw. ankreuzen

Reisetermin:

☐ Doppelzimmer ☐ Einzelzimmer ☐ ½ Doppelzimmer

Flug ab/bis:

☐ Ausflugspaket/2 Ausflüge

☐ CO₂-Ausgleich Flüge (Economy)

☐ Ich melde mich und die aufgeführten Personen **verbindlich** an – die Reisebedingungen liegen mir/uns vor.

Oder

☐ Ich bitte um Reservierung der Leistungen und Übersendung der Reisebedingungen vor Vertragsschluss.

Ort, Datum/Unterschrift



Von Verkaufstrainings mehr profitieren

Von Oliver Schumacher

Für manche Unternehmen sind regelmäßige Verkaufstrainings eine Selbstverständlichkeit. Für andere eher die Ausnahme, möglicherweise weil sie glauben, dass solche Maßnahmen eh nichts bringen. Nachfolgend ein paar Anregungen:

1. Berücksichtigen Sie individuelle Wünsche, Bedürfnisse und Talente der einzelnen Mitarbeiter und entwickeln diese bedarfsgerecht weiter. Wer die gleichen Inhalte und Trainingskonzepte nach dem Gießkannenprinzip sowohl auf die „guten“ und „schlechten“ verteilt, hat damit wenig erreicht. Ein Seminartag im Jahr für alle hat wohl eher eine Alibifunktion.
2. Vereinbaren Sie bereits vor dem Seminar individuelle konkrete Ziele. So weiß der Teilnehmer schon vorab, was letztlich von ihm erwartet wird. Auch in der heutigen Zeit können sich manche Teilnehmer gar nicht vorstellen, dass das Umsetzen der Lerninhalte von ihnen erwartet wird. Mit einer individuellen Zielvereinbarung helfen Sie ihren Verkäufern, von den Trainingsmaßnahmen entscheidend zu profitieren.
3. Erwarten Sie nicht zu viel und überfordern Sie Ihre Mitarbeiter nicht.

Wenn jemand nach einer Weiterbildung mittelfristig schon drei oder vier Dinge anders und besser macht, dann ist häufig schon viel gekonnt. Als Führungskraft haben Sie die Mitverantwortung dafür, dass Sie den Teilnehmer immer wieder wertschätzend antreiben und motivieren.

4. Lernen braucht Zeit. Wissen zu haben reicht nicht - es muss auch angewendet werden. Darum ist es wichtig, dass Sie Ihren Mitarbeitern ausreichend Zeit zur Umsetzung geben und nicht eine Veränderung von heute auf morgen erwarten. Planen Sie feste Zeiten zum Besprechen der Lerninhalte und der Umsetzungsergebnisse ein. Finden Sie mit ihm gemeinsam Wege, wie er es besser machen könnte.
5. Verlangen Sie von Ihren Mitarbeitern, dass sie nicht nur arbeiten, sondern auch denken. Wenn Ihr Mitarbeiter sich den Terminkalender von 08.00 Uhr bis 18.00 Uhr mit Kundenterminen „vollballert“ können Sie davon ausgehen, dass er sein Handeln und Tun zu wenig reflektiert. Das bedeutet, dass er sehr wahrscheinlich bei solch einer Arbeitsweise gar keine Möglichkeit hat, besser zu werden und seine Produktivität somit nicht steigert.

6. Leben Sie selbst ständiges Lernen vor. Denn das, was Sie selbst tun, können Sie am ehesten von Ihren Mitarbeitern erwarten. Wenn Sie alle regelmäßig lernen und an Ihrer Aufgeschlossenheit arbeiten, werden Sie am stärksten profitieren. Entwickeln Sie eine Lernkultur in Ihrem Unternehmen. Es darf nicht sein, dass ein Seminar unter den Kollegen im Zweifelsfalle als Bestrafung, statt als Anerkennung wahrgenommen wird. Bildung und Wissen sind entscheidende Wettbewerbsfaktoren, denn Produkte sind austauschbar – Menschen nicht.

Berücksichtigen Sie verstärkt die individuellen Kenntnisstände Ihrer Mitarbeiter und fordern Sie wertschätzend die Umsetzung bestimmter Lerninhalte ein, die Sie vorab mit dem einzelnen Mitarbeiter vereinbaren. Erwarten Sie von einem einzelnen Trainingstag im Jahr keine Wunder, da Gewohnheiten selten durch einen einzelnen Impuls durchbrochen werden. Denn nur weil man etwas weiß, tut man es noch lange nicht.

Der Verfasser ist Buchautor und Verkaufstrainer

Sie können helfen, ohne da raus zu müssen.



Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger
www.seenotretter.de

Spendenkonto: Sparkasse Bremen • BLZ 290 501 01 • Konto 107 20 16

MU Rosenheim wird weiblicher



Als Kreisvorsitzender des größten Kreisverbandes der CSU ist es Klaus Stöttner, MdL (r.), ein großes Anliegen, dass sich der Mittelstand geschlossen an die Politik wenden kann. Die MU bietet hier für alle Verbände eine Plattform, um ihre Interessen zu bündeln. Stöttner gratulierte der neuen Rosenheimer MU-Vorsitzenden Angelika Artmann (Bildmitte) und ihren Stellvertretern Alexandra Nolasco (5.v.r.) und Paul Unterseher (3.v.l.) als Führungsteam zur Übernahme dieses wichtigen Amts. Unterstützend dabei ist Daniela Ludwig, MdB (4.v.r.).

MU Passau diskutiert Integration



Die große Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern stellt Staat und Bürger vor große Herausforderungen – die Ankömmlinge sind aber auch eine Chance. Die MU Passau mit ihrem Vorsitzenden Klaus Fiedler diskutierte mit rund 80 Teilnehmern, darunter mit dem Integrationsbeauftragten Martin Neumeyer, MdL. MU-Bezirksvorsitzender Peter Erl berichtete über positive Erfahrungen in seinem Unternehmen. Mit auf dem Bild: CSU-Kreisvorsitzender Georg Steiner (links), Klaus Fiedler (Mitte), Peter Erl (5.v.r.) und Martin Neumeyer (2.v.r.)

MU zu Gast beim Hilton-Talk



Der Mittelstand ist das Herzstück der deutschen Wirtschaft – und dringend entlastungsbedürftig. Für die MU diskutierte Landesvorstandsmitglied Dr. Thomas Geppert auf Einladung von Michael Märzheuser beim Hilton Talk München mit Otto Greither, Inhaber der Salus Unternehmensgruppe und Marcus Tandler, Gründer und Geschäftsführer von OnPage. Geppert: „Dem deutschen Mittelstand fehlt es an Planbarkeit.“ Auf dem Bild (v.l.) Michael Märzheuser, Marcus Tandler, Thomas Geppert, Otto Greither.

MU München im Gespräch



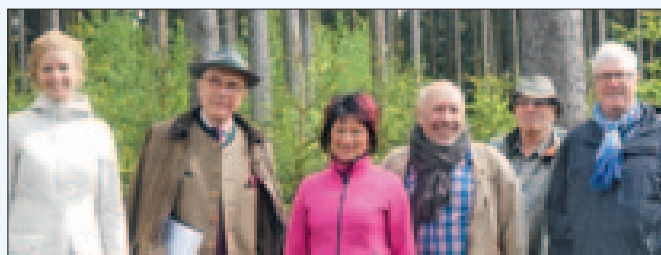
Staatsminister und CSU-Bezirksvorsitzender Ludwig Spaenle, MdL, war Gesprächsgast der MU München. Gastgeber der MU-Bezirksversammlung war der bekannte Münchner Bäcker, langjährige Stadtrat und MU-Schatzmeister Vinzenz Zöttl. Auf dem Bild (v.r.): Vinzenz Zöttl, Staatsminister Ludwig Spaenle, MU-Landesvize und Bezirksvorsitzender Thomas Schmatz und Olaf Rogowski, Schatzmeister der MU München

Navigator für Förderprogramme



Bei Förderprogrammen für Unternehmen geht es oft um höhere Summen als bei der Steuerschuld. Die endlos vielen Richtlinien sind mindestens genauso unübersichtlich wie die Steuervorschriften. Doch dank moderner Informationstechnik öffnet sich jetzt ein Weg durch diesen Dschungel, präsentiert durch die MU Neustadt/WN. Auf dem Bild (v.l.) MU-Landesvorstand und Kreisvorsitzender Harald Gollwitzer, Referent Kay-D. Brose von Brose-Wissensmanagement und Tobias Schieder von Vita Finanzservice.

Waldspaziergang im Oettinger Forst



Ertragsorientierte Waldbewirtschaftung und Naturschutz sind kein Gegensatz. Moderne Bewirtschaftungsmethoden lassen die Natur selbst für waldbauliche Zielsetzungen arbeiten. Davon überzeugten sich Mitglieder der MU Schwaben und Donau-Ries im Oettinger Forst unter der Führung von MU-Landesvorstandsmitglied Dr. Eberhard Lasson (2.v.l.), ferner auf dem Bild (v.l.) Katrin Albsteiger, MdB, MU-Kreisvorsitzende Birgit Röble, Franz Messmer, Johann Karl und MU-Bezirksvorsitzender Rupert Mößmer.



Blick ins „Plenum“



Vorsitzender der MU München, Thomas Schmatz, Staatsminister Joachim Herrmann und Hans Michelbach



MU-Vorstandsmitglied Katrin Albsteiger, MdB, Frank Gübner, Hans Michelbach, MU-Vorstandsmitglied Dr. Anja Weisgerber, MdB und Parlamentarischer Staatssekretär Stefan Müller, MdB



Robert Pfeffer, Patrick Siegler, Prof. Dr. Heinrich von Pierer, Staatsminister Joachim Herrmann, Stefan Müller

Gelungene Premiere – Sommerempfang der Mittelstands-Union

Eine gelungene Premiere feierte die Mittelstands-Union auf Schloss Atzelsberg bei Erlangen: MU-Vorsitzender Dr. h.c. Hans Michelbach, MdB, konnte rund 200 Gäste aus Wirtschaft und Politik zum ersten Sommerempfang begrüßen: „Kein anderer Verband bietet so einen direkten und dauerhaften Kontakt zwischen Mittelstand und Politik wie die MU. Das ist unser Vorteil und der Vorteil unserer Mitglieder.“

Bayerns Innen-, Bau- und Verkehrsminister Joachim Herrmann, MdL, Forschungsstaatssekretär Stefan Müller, MdB, Erlangens IHK-Vorsitzender Patrick Siegler und der ehemalige Siemens-Vorstandsvorsitzende Heinrich von Pierer diskutierten über Stärken und Herausforderungen des bayerischen Mittelstands, moderiert von Dr. Robert Pfeffer, Vorsitzender der MU Mittelfranken.



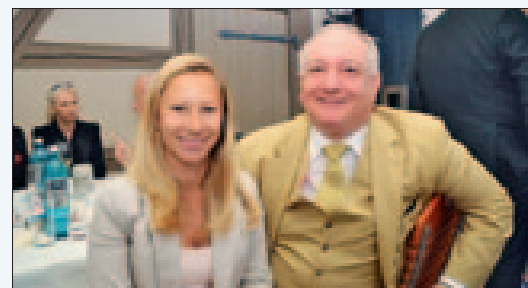
MU-Vorstandsmitglieder Uschi Oehrlein, Jutta Leitherer und Christine Moser



Mittelstands-Union Schwabach mit Kreisvorsitzender Sandra Joachim (rechts)



Norbert Nägel, Max Strucks und Hermann Heim



Claudia Heim und Johannes Eigelsreiter

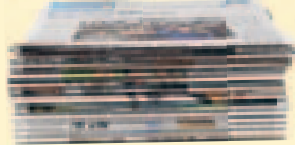


Feuershow im Schloßgarten



Bezirksvorsitzender der MU Oberfranken Christian Hübner mit Begleitung und MU-Vorstandsmitglieder Wolfgang Heim und Dr. Anja Weisgerber, MdB


MIT

 MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU/CSU


MIT ... in den Medien

Ich werde weiter Nein sagen zu neuen Griechenland-Hilfen, solange es nicht zu einem Strategiewechsel kommt.“

Carsten Linnemann, 3. Juli 2015, Neue Osnabrücker Zeitung

„Der Staat spart mit seinen Verbeamtungen jetzt, belastet aber künftige Generationen mit Pensionsverpflichtungen in Milliardenhöhe.“

Carsten Linnemann, 11. Juli 2015, Focus

„Die Eurozone ist an einem Punkt angekommen, wo sie sich ehrlich machen muss. Griechenland wird auch die neuen Auflagen nicht erfüllen können.“

Carsten Linnemann, 13. Juli 2015, Spiegel Online

„Eine Währungsunion, die sich auf Regeln ohne wirksame Sanktionen verlässt, funktioniert so wenig wie Fußball ohne Gelbe und Rote Karten.“

Carsten Linnemann, 23. Juli 2015, Die Zeit

„Wenn die Griechenlandkrise etwas Positives hat, dann das: Wir können daraus lernen, dass wir die Währungsunion künftig anders organisieren müssen.“

Carsten Linnemann, 23. Juli 2015, Die Zeit

„Die Sozialkassen sind keine Sparkassen. Das Geld gehört den Beitragszahlern und muss zurückgegeben werden.“

Carsten Linnemann zu erwirtschafteten Überschüssen in der Rentenkasse, 24. Juli 2015, Handelsblatt

„Wir müssen endlich die Währungsunion um die fehlende Säule ergänzen: Eine Insolvenzordnung, an deren Ende nur die erfolgreiche Sanierung oder der geordnete Austritt steht.“

Carsten Linnemann, 3. August 2015, Die Welt

„Wir fordern, einen Bundesminister im Kanzleramt, den derzeitigen Chef des Kanzleramts oder einen eigenen Minister als Digitalminister einzusetzen.“

Carsten Linnemann, 7. August 2015, Die Welt

„Die Erkennungsmelodie der Union in den Koalitionsverhandlungen war nicht erkennbar.“

Carsten Linnemann, 7. August 2015, Die Welt

„Es fehlen die großen Themen, die großen Linien, und zuweilen sind wir sogar rückwärtsgewandt unterwegs.“

Carsten Linnemann, 7. August 2015, Frankfurter Allgemeine Zeitung

„Die Digitalisierung ist die Herausforderung der kommenden Jahre.“

Carsten Linnemann, 7. August 2015, Süddeutsche Zeitung

„Es sollte Anspruch sein, nicht nur auf die Partei zu schauen, sondern auch auf das Land.“

Carsten Linnemann, 7. August 2015, Handelsblatt

„Es geht um die Glaubwürdigkeit in der Politik.“

Carsten Linnemann zur Abschaffung des Solidaritätszuschlages, 7. August 2015, Handelsblatt

„Wir sprechen in der Koalition fast nur noch über Asylpolitik und Griechenland. Andere wichtige Themen werden überlagert oder ausgeblendet und fallen unter den Tisch. Die Union darf sich aber in der Tagespolitik nicht verlieren.“

Carsten Linnemann, 8. August 2015, Rheinische Post

„Die Union profitiert in Umfragen auch davon, dass 60 Abgeordnete mit Nein gestimmt und sich fünf enthalten haben.“

Carsten Linnemann, 11. August 2015, Die Welt



Der Bundesvorsitzende unterwegs...

**07.09.2015, 13:00 Uhr
Bundesvorstandssitzung
Berlin**

**07.09.2015, 19:30 Uhr
Verleihung des
Deutschen Mittelstandspreises der MIT
Berlin**

**12.09.2015, 12:00 Uhr
Bundesdelegiertenversammlung
Wirtschaftsjunioren
„Rückgrat oder Melkvieh - wie geht es dem
Mittelstand in der Großen Koalition?“
Dortmund**

**19.09.2015, 10:00 Uhr
Landesmittelstandstag der
Mittelstandsunion Bayern
„Bürokratieabbau, Steuerreform und Co. -
hat die Politik den Mittelstand vergessen?“
Deggendorf**

**24.09.2015, 08:00 Uhr
Frühstücksrunde mit den Vertretern
der Wirtschaftsverbände
Berlin**

„Die Sozialkassen sind keine Sparkassen. Das Geld gehört den Beitragszahlern und muss zurückgegeben werden.“

**Carsten Linnemann zu erwirtschafteten
Überschüssen in der Rentenkasse, 24.
Juli 2015, Handelsblatt**

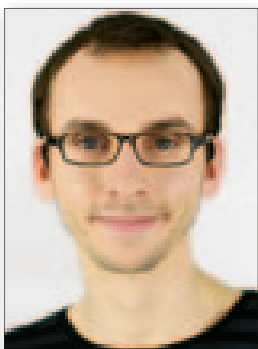
„Wenn die Griechenlandkrise etwas Positives hat, dann das: Wir können daraus lernen, dass wir die Währungsunion künftig anders organisieren müssen.“

Carsten Linnemann, 23. Juli 2015, Die Zeit

Ich bin in der MIT, weil ...

„... die deutschen Gesetze viel zu oft näher an der Pferdedroschke als an der App sind. Die Union muss die Digitalisierung gestalten, statt innovative Geschäftsmodelle zu verhindern – daran möchte ich mitarbeiten!“

Niklas Veltkamp



ist seit Oktober 2014 Mitglied der Geschäftsleitung des Bitkom und leitet die Start-up-Aktivitäten des Digitalverbandes. Mit

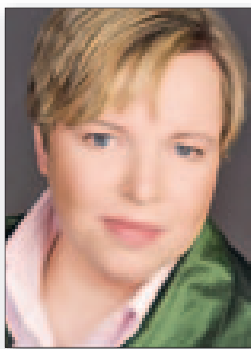
seinem Team entwickelt er Formate zur Vernetzung junger und etablierter Unternehmen und setzt sich für bessere Rahmenbedingungen für Start-ups ein. Er ist Mitgründer einer Online-Buchungsplattform und sammelte Erfahrungen u.a. bei Kienbaum und bei CDU/CSU-Fraktionsvize Michael Fuchs. In Köln, Berlin, Dublin und Vilnius hat Niklas Veltkamp Volkswirtschaftslehre studiert.

Bitkom ist der Digitalverband Deutschlands und vertritt mehr als 1.500 Direktmitglieder der digitalen Wirtschaft, unter ihnen 1.000 Mittelständler und 300 Start-ups. Bitkom setzt sich insbesondere für eine innovative Wirtschaftspolitik, eine Modernisierung des Bildungssystems und eine zukunftsorientierte Netzpolitik ein.

Niklas Veltkamp ist im Januar 2015 der MIT Berlin-Mitte beigetreten und arbeitet aktiv in der Bundeskommission „Digitale Wirtschaft und Netzpolitik“ mit.

„... ich es wichtig finde, unter Gleichgesinnten brennende Themen der Wirtschaft und insbesondere auch des Mittelstandes, dem Rückgrat unserer Volkswirtschaft, zu diskutieren.“

Ulrike Hinrichs



ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften (BVK) in Berlin, den sie

seit 2011 führt. Zuvor leitete Hinrichs die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Danach wechselte sie als Büro- und Arbeitsstabsleiterin der Staatsministerin ins Auswärtige Amt. Die ausgebildete Redakteurin arbeitet nach ihrem ARD-Volontariat für die ZDF-Magazine „Kennzeichen D“ und „Frontal21“. Bereits während ihres Studiums in Göttingen schrieb sie regelmäßig für große Tageszeitungen.

Als Chefin des BVK vertritt Ulrike Hinrichs die Interessen der deutschen und in Deutschland investierten Beteiligungsgesellschaften. Derzeit finanzieren Beteiligungsgesellschaften hierzulande fast 5.000 Unternehmen mit rund einer Million Beschäftigten. Allein 2014 wurden mehr 7 Milliarden Euro Beteiligungskapital in deutsche Unternehmen investiert.

Ulrike Hinrichs ist im Juni 2015 in die MIT Berlin-Mitte eingetreten.

„... ich einen Beitrag zu unternehmerischer Politik leisten möchte.“

Fabian Kienbaum



leitet seit 2014 den Berliner Standort der gleichnamigen, familien- und partnergeführten Beratungsgesellschaft. Der ehemalige Handball-Bundesliga-

Spieler und studierte Betriebswirt steht für die „Dritte Generation Kienbaum“: Er verantwortet die digitale Strategie der Unternehmensgruppe und entwickelt Kontakte und Kooperationen mit Startups und jungem Mittelstand.

Vor 70 Jahren als erstes deutsche Unternehmensberatung gegründet, gehört Kienbaum heute zu den Branchenführern in Europa. Kienbaum berät öffentliche und private Organisationen dabei, Veränderungsprozesse erfolgreich zu meistern: integriert und vernetzt aus einer Hand, von Personal- und Karriereberatung über Management- und Human-Capital-Beratung bis hin zur Arbeitgeberkommunikation. Kienbaum ist in allen wichtigen Wirtschaftszentren präsent und unterhält 35 Büros in 19 Ländern.

Fabian Kienbaum ist im Mai 2015 in die MIT Berlin-Mitte eingetreten.

Ein weiteres Hilfspaket hilft weder Griechenland noch der EU

Beschluss des MU-Landesvorstandes vom 10. Juli 2015 auf Schloss Atzelsberg/Erlangen



Pressekonferenz in München: Christian Huebner Vorsitzender MU Oberfranken; Thomas Schmatz, Vorsitzender MU München. Peter Erl, Vorsitzender MU Niederbayern und Rupert Mößner, Vorsitzender MU Schwaben

„Der aktuelle Antrag der griechischen Regierung zum ESM-Hilfsprogramm wird abgelehnt, da die ökonomische Grundlage zur dauerhaften Leistungsfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit mit jetzt 320 Milliarden Euro Schulden nicht mehr erreicht wird. Das Verhältnis zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und den neuen Hilfskrediten von 86 Milliarden Euro ist nicht gegeben. Es dürfen nicht alte Schulden durch neue Schulden bezahlt werden. Griechenland kann keine wettbewerbsfähige Wirtschaft

im Euroraum erreichen. Es muss mit einer eigenen Währung und eigener Kraft ein wirtschaftlicher Neuanfang entwickelt werden. Die EZB muss sofort die monetäre Staatsfinanzierung mit Notkrediten beenden. Ein Schuldenschnitt, in welcher Weise auch immer, wird abgelehnt.“

5 Bezirksverbände der Mittelstands Union Bayern, **Mittelfranken, München, Niederbayern, Oberfranken** und **Schwaben** haben anschließend unter ihren Mitgliedern eine Mitgliederbefragung zu diesem Beschluss

und zu einer geordneten Staateninsolvenz, wie sie auch der Sachverständigenrat empfiehlt, durchgeführt bzw. führen diese noch durch. Das Ergebnis bzw. die Zwischenergebnisse stellten der Münchener Bezirksvorsitzende Thomas Schmatz und seine Kollegen Mitte August in München vor.

Zwischen 82 und 92 Prozent der abstimmenden MU-Mitglieder in diesen fünf Bezirken haben den Beschluss des MU-Landesvorstandes befürwortet und lehnen weitere Hilfskredite für Griechenland ab.



Thomas Schmatz, MU-Bezirksvorsitzender in München, verkündete das Ergebnis einer Umfrage: 90 Prozent seiner MU-Mitglieder lehnen weitere Griechenland-Hilfen ab

Günter Krings zu Gast in Kaarst

Der MIT-Stadtverbandsvorsitzende Markus Steins konnte rund 100 Besucher im Autohaus Timmermanns zu der Veranstaltung mit dem Titel „Der Erfolgsstandort - Kaarst und der Rhein-Kreis Neuss: Eine attraktive und starke Wirtschaftsregion“ begrüßen. Im Vortrag von Dr. Günter Krings führte dieser aus, wie gute Wirtschaftspolitik in einen größeren Zusammenhang eingebettet werden könne. Dazu gehörten unter anderem auch die nationale Sicherheit („Ich sehe unsere Polizisten lieber im Ein-

satz gegen Wohnungseinbrüche als beim Blitzmarathon“) und die Flüchtlingspolitik mit dem Blick auf Sicherung und Nachwuchs von Fachkräften.



Unser Foto zeigt von links: Hans Jürgen Petrauschke (Landrat RKN), Dr. Günter Krings (MdB), Dr. Ulrike Nienhaus (Bürgermeisterkandidatin der CDU in Kaarst), Markus Steins (Vorsitzender der MIT-Kaarst)

MIT Brandenburg

Uwe Feiler, MdB, ist neuer Vorsitzender der MIT Brandenburg. Stellvertreter wurden Frank Goral, Mario Laurischk, Andreas Schulz und Dr. Josef Westerhausen. Neuer Geschäftsführer ist Hans-Peter Pohl und neuer Schatzmeister Steffen Kissinger. Beisitzer wurden Hans-Joachim Blumenkamp, Jens Funke, Christian Hauer, Hermann Kühnapfel, Wolfgang Marx, Anja Paaschen, Reinhold Protschko und Hagen Strese.

MIT Böblingen



Der MIT-Kreisverband Böblingen hat Oliver Zander (Foto links) einstimmig zu seinem neuen Vorsitzenden gewählt. Rudolf Preiß (Foto rechts), der nicht mehr für den Vorsitz antrat, wurde mit großer Mehrheit zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Die Wahl wurde vom Vorsitzenden des MIT Bezirksverbands Nordwürttemberg, Ulrich Bauer, geleitet. Zu Stellvertretern wurden Dominic Borrelli, Regina Wagner und Marc Krüger gewählt. Krüger ist auch verantwortlich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Willi Griefinger wurde als Schatzmeister bestätigt.

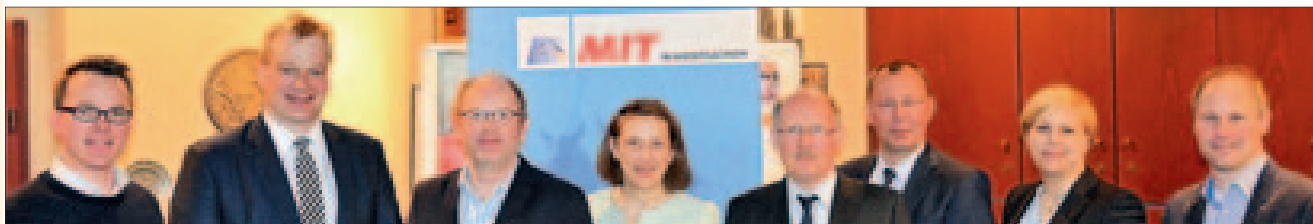
MIT Paderborn

Die MIT Paderborn bereiste im Rahmen einer Studienreise Litauen und traf sich in der Hauptstadt Vilnius mit Emanuelis Zingeris (Abgeordneter des litauischen Parlaments) und den ehemaligen litauischen Premierminister Andrius Kubilius.



„Fangen Sie den Wind - wir verpacken ihn!“ - litauische Unternehmer mit Leib und Seele erlebten die Paderborner Mittelständler beim Verpackungshersteller PakMarkas

MIT Lingen



Die MIT Lingen hat einen neuen Vorstand (v.l.n.r.): Beisitzer Marc Leuschner, Stellvertreterin Simone Fangmeyer, Schatzmeister Matthias Hopster, die Beisitzer Helmut Holt und Elisabeth Klaas sowie der neue Vorsitzende Wolfgang Paus. Es gratulierten Albert Stegemann, MdB, und der CDU-Kreisgeschäftsführer Björn Roth. (Es fehlen die Beisitzer Rabea Klaas und Thomas Diepenbrock.)

MIT Alb-Donau/Ulm



Die MIT Alb-Donau/Ulm hat einen neuen Vorstand. V.l.n.r.: Internetbeauftragter Manfred Lehner, Stellvertreter und Schatzmeister Andreas Hintz, Vorsitzender Stephan Werhahn und Jugendbeauftragter Alexander Kulitz

MIT Wesermarsch

Im Landesverband Oldenburg wurde der Kreisverband Wesermarsch neu gegründet. Vorsitzender wurde Hilmer Heineke. Als stellvertretende Kreisvorsitzende wurde Sabine Dorn und als Schatzmeister wurde Claus Plachetka gewählt.



Das neue Team (v.l.n.r.): Claus Plachetka und Hilmer Heineke mit den Landesvorsitzende Heiko Eibenstein und Astrid Grotelüschen, MdB

MIT Mettmann

Der Vorsitzende der MIT Mettmann, Wolfgang Leyendecker, ist mit großer Mehrheit wiedergewählt worden. Stellvertreter wurden Dr. Bernd-Josef Schlothmann und Dirk Ockel, und Geschäftsführer wurde Harald R. Gajek. Weitere Vorstandsmitglieder: Michael Kühnhoof sowie Julia Götte (Schatzmeister), Beisitzer: Ursula Erdelen-Schäfer, Folke Schmelcher, Harry Frenzel, Mechthild Stock und Georg Kuthe.

MIT Bodenseekreis

Die Mitglieder haben Dr. Heinz Kräwinkel zum neuen Vorsitzenden der MIT Bodenseekreis gewählt.



ÖFFENTLICH-RECHTLICHE SELBSTBEDIENUNG

Nur Transparenz verhindert Missbrauch

Alle Achtung, das ist ein gewaltiger Schluck aus der Pulle: auf Druck der eigenen Mitglieder kam jetzt heraus, dass der Hauptgeschäftsführer der Hamburger Handelskammer (anderswo heißt es IHK) ein jährliches Grundgehalt von 370.000 Euro hat. Hinzu kommen eine Tantieme von 105.000 Euro und eine betriebliche Altersversorgung von 47 Prozent des letzten Grundgehalts. Zu ihrer Verteidigung führte die Handelskammer an, das Aufgabenspektrum ihres obersten Angestellten sei mit dem eines Vorstandsvorsitzenden eines großen mittelständischen Unternehmens vergleichbar.

Handelskammer ist kein Unternehmen

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Dieser Hauptgeschäftsführer, der übrigens Hans-Jörg Schmidt-Trenz heißt, seit fast 30 Jahren dieses Amt inne hat und Chef von 288 Mitarbeitern ist, vergleicht sich mit dem Inhaber oder Manager eines „großen mittelständischen Betriebs“. Die Handelskammer Hamburg hat ein gesichertes Beitragsaufkommen von 37 Mio. Euro, das als Zwangsabgabe von rd. 150.000 Mitgliedsfirmen erhoben wird. Diese Kammern haben keinerlei wirtschaftliche oder geschäftliche Risiken.

Transparenz verhindert Missbrauch

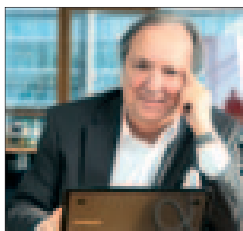
Obwohl es seit 2004 ein Gesetz gibt, nach dem öffentliche und halböffentliche Institutionen verpflichtet sind, die Bezüge ihres Spitzenpersonals alljährlich im Bundesanzeiger zu veröffentlichen, hält sich die erstrebte Transparenz in Grenzen. Wie in der Industrie üblich, veröffentlichen viele dieser Institutionen nur die Summe der Gehälter ihres Führungspersonals. Offenbar kommen sie damit durch. Dies zu kritisieren hat nichts mit Bashing oder einer Neid-Debatte zu tun.

Unternehmer, Steuer- und Beitragszahler haben das verdammte Recht, überall dort ein wenig genauer hinzuschauen, wo ihr gutes Geld regelrecht „verbraten“ wird. Gemeint sind Kammern, Sparkassen, Krankenkassen, Rundfunksender, Berufsgenossenschaften aber auch öffentlich-rechtliche Körperschaften wie GEMA, Künstlersozialkasse, Arbeitsverwaltung und viele andere, die keinerlei wirtschaftlichem Risiko ausgesetzt sind und lediglich mit dem per Zwangsumlage kassierten Geld ihrer Beitrags- oder Gebührenzahler umgehen.

Seit Jahren kritisch beäugt werden auch die Einkommen der Topverdiener in Kassen und Ärztevereinigungen. Das Bundesversicherungsamt hatte letztes Jahr mehrfach die Vertragsverlängerung oder Neubestellung von Kassenvorständen blockiert. Die Höhe der Bezüge und vor allem die Rentenzusagen von 70 Prozent oder mehr des letzten Einkommens erschienen dem Amt als unangemessen.

Wenn die betroffenen Institutionen, die man gewiss nicht alle über einen Kamm scheren darf und sollte, dem Vorwurf der „Selbstbedienungsmentalität“ entgehen wollen, sind sie gut beraten, größtmögliche Transparenz herzustellen.

Beispielgebend in dieser Hinsicht sind die Parlamente im Bund und in den Ländern. Es mag ja sein, dass manche die Diäten von Abgeordneten für zu hoch halten, aber sie sind in jeder Hinsicht nachvollziehbar. Und in den Augen des Verfassers übrigens auch in ihrer Höhe gerechtfertigt.



Günter F. Kohl ist Chefredakteur und Verleger des MittelstandsMagazins

IMPRESSUM

MittelstandsMagazin

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
Schadowstraße 13, 10117 Berlin

Verlag

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mit-magazin.de

Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside

Florian Beckert
Telefon: 0 30/22 07 98-17, Telefax: 22 07 98-19
E-Mail: becker@mit-bund.de

Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 992, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf

Nielsen I, II, VI, VII
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09

Nielsen III a, III b, IV, V
KDH Medienservice
Karin Dommermuth-Hoffmann
Tel. 0261 / 394 953 36, Fax 0261 / 394 953 37

Titel-Karikatur:

Jürgen Tomicek

Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck

Frank Druck GmbH + Co KG
Industriestraße 20, 24211 Preetz / Holstein

Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadenersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt:
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.



Informationsgemeinschaft
zur Feststellung der
Verbreitung von
Werbeträgern e. V. (IVW)



Mittelstands Magazin

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT



- ▶ Kritisch, auch nach innen
- ▶ Streitbar statt formbar
- ▶ Furchtlos statt alternativlos
- ▶ Hintergründig statt vordergründig
- ▶ Brainstream statt Mainstream

Unsere Leser:

mehr als 1.000.000* Entscheider aus Mittelstand, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden – nah dran und mitten drin.

www.mit-magazin.de

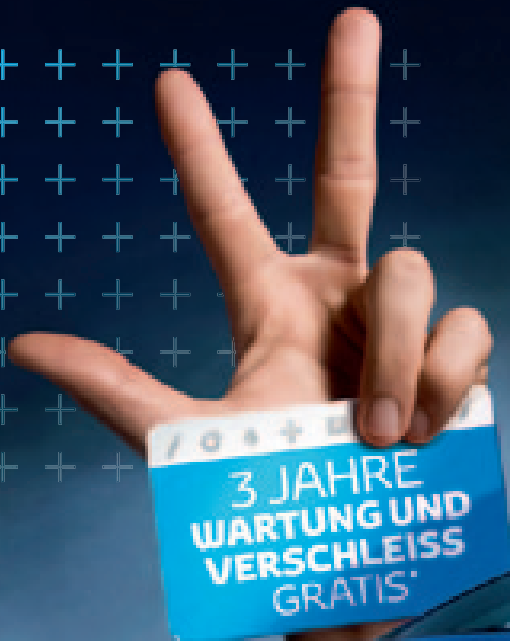
E-Mail: info@mitmagazin.com

* Das MittelstandsMagazin erscheint zehnmal im Jahr.



TOYOTA

NICHTS IST
UNMÖGLICH



Die Toyota BusinessPlus Wochen.

Der neue Avensis Touring Sports – eines unserer Aktionsmodelle bei den Toyota Business-Plus Wochen. Nur bis zum 30.09.2015 bekommen Sie 3 Jahre den Servicebaustein Wartung, Verschleißteile und -reparaturen gratis* – für viele Modelle als Hybrid, Benzin oder Diesel.

Toyota Business
Plus

- Wegweisende Antriebe
- Niedrige Betriebskosten
- Qualität und Service erleben

Erfahren Sie mehr unter
businessplus-wochen.de



Yaris



Auris Touring Sports



Prius+



RAV4



Proace

Kraftstoffverbrauch der hier beworbenen Modelle kombiniert 8,6–3,3 l/100 km, CO₂-Emissionen kombiniert 227–75 g/km.

*Unser „3-Jahre-Wartung-und-Verschleiß-gratis“ Angebot¹ für alle hier gezeigten Toyota Modelle sowie den Toyota Hilux, Verso und Prius. Gilt bei Abschluss eines Leasingvertrags über die Laufzeit von 36 Monaten, Gesamtleistung 45.000 km (Yaris: 30.000 km), wobei monatliche Leasingraten und ggf. eine Mietsonderzahlung anfallen. Der Leasingvertrag umfasst auch Technik-Service (Wartung, Verschleißteile und -reparaturen). Für diese Inklusivleistungen fallen jedoch keine zusätzlichen Kosten an. ¹Ein Angebot der Toyota Leasing GmbH, Toyota-Allee 5, 50858 Köln. Nur bei teilnehmenden Toyota Vertragshändlern. Dieses Angebot ist nur für Gewerbekunden gültig. Gilt bei Anfrage und Genehmigung bis zum 30.09.2015.